

Netzwerk Inklusion für den Landkreis Lörrach

Marie-José Rosenwald
Bernd Winter

Eine Region macht sich auf den Weg Inklusion im Landkreis Lörrach

barrierearme Textversion

Inhalt

Ausgangslage	3
Inklusion konkret vor Ort.....	3
Vielfalt wird zur neuen Normalität.....	4
Inklusion ermöglicht neue Blickwinkel.....	5
Vier Positivbeispiele aus der Praxis.....	5
Von einer neuen Kommunikationskultur zum Netzwerk Inklusion.....	7
Gemeinsam für mehr Offenheit und ein besseres Miteinander.....	8
Arbeiten. Fest im Team! (Kapitel 1)	9
Gleich mit anpacken.....	11
Unbefristete Arbeitsverträge erhalten.....	13
Fazit.....	15
Wohnen. Natürlich mittendrin! (Kapitel 2)	17
Ambulant begleitetes Wohnen.....	19
Lebendige Wohnquartiere.....	20
Problem Wohnraummangel.....	23
Fazit.....	24
Lernen. Alle miteinander! (Kapitel 3)	28
Aufbruch zur Gemeinschaftsschule.....	30
Konzept des individuellen und gemeinschaftlichen Lernens.....	33
Fazit.....	37
Sich beteiligen. Auf Augenhöhe! (Kapitel 4)	41
Budget eröffnet Spielräume.....	44
Alle können profitieren.....	47
Fazit.....	49
Kommunizieren. Besser miteinander! (Kapitel 5)	52
Das „Forum Beuggen“.....	53
Der „Fachkreis Behindertenhilfe“.....	56
Fazit.....	60
Denken. Bewusstsein fördern! (Kapitel 6)	63
Zusammenfassung & Ausblick (Kapitel 7)	71
Danke!	76
Impressum	77

Ausgangslage

Ende 2006 wurde die UN-Behindertenrechtskonvention beschlossen. Sie wurde schließlich durch die Unterschrift des Bundespräsidenten im Frühjahr 2009 in Kraft gesetzt. Ein großer Schritt nach vorne: Deutschland und 158 weitere Nationen verpflichten sich damit, die Benachteiligung von Menschen mit Behinderung zu beenden und diese als vollwertige Bürger der Gesellschaft anzuerkennen. Inklusion wird dabei als Menschenrecht festgeschrieben: Alle Menschen haben das Recht, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Inklusion konkret vor Ort

In dieser Publikation untersuchen wir, wie Inklusion seitdem im Landkreis Lörrach in die Praxis umgesetzt wurde. Dabei gibt es viele Erfolge vorzuweisen. Zahlreiche Begegnungsräume von Menschen mit und ohne Behinderung wurden geschaffen: So nehmen einige Menschen mit Behinderung mittlerweile ganz selbstverständlich am Arbeitsleben teil, Kinder mit Behinderung besuchen eine Regelschule, andere Menschen mit Behinderung wohnen selbstbestimmt in normalen Mietshäusern im Quartier oder engagieren sich für ihre Belange in politischen Gremien. Wir als Mitarbeiterin und Mitarbeiter des Netzwerk Inklusion haben intensiv analysiert, wie diese

Begegnungsräume entstehen konnten, wer daran beteiligt und was dafür erforderlich war.

Vielfalt wird zur neuen Normalität

Dass Inklusion im Landkreis Lörrach an Bedeutung gewinnt, ist vor allem dem langjährigen Engagement unterschiedlichster Akteure zu verdanken. Alle Beteiligten machen dabei interessante und wichtige Erfahrungen: Menschen mit Behinderung werden selbstbewusster und artikulieren klarer ihre Bedürfnisse. Träger der Behindertenhilfe entwickeln nach dem Motto „begleiten statt betreuen“ ein neues Selbstverständnis. Verwaltung und Politik richten ihr Handeln besser auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung aus. Und auch bei Bürgerinnen und Bürgern ohne Behinderung gibt es einen Bewusstseinswandel: Je öfter und normaler der Umgang miteinander ist, desto mehr bauen sich Unsicherheiten und mögliche Vorbehalte, beispielsweise in der Schule, ab.

Wir haben das Thema Inklusion aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet: Mit Abstand, um komplexe Aspekte wie zum Beispiel Rahmenbedingungen zu untersuchen, aber auch ganz nah dran, um konkrete Facetten von Inklusion im Alltag zu begutachten. Dafür räumen wir den hier vorgestellten Menschen den Platz ein, den sie verdienen: Mitten im Leben. Dabei spielt ihre Behinderung keine zentrale Rolle.

Inklusion ermöglicht neue Blickwinkel

Menschen mit einer Behinderung werden häufig auf ihre Behinderung reduziert. Sie werden dadurch zu Behinderten. Die Inklusionsperspektive fokussiert hingegen den Blick auf die Umstände, die Menschen behindern und sucht nach Möglichkeiten, diese aus dem Weg zu räumen. Dieser Perspektivwechsel eröffnet Handlungsmöglichkeiten zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderung.

Den neuen Blick auf das Thema haben wir auch im Layout unserer Broschüre aufgegriffen: Im Fließtext finden Sie mit blauen Pfeilen markierte Leerstellen, die dort ganz bewusst gesetzt wurden. Sie symbolisieren jene bisher noch offene Räume, die in Zukunft von verschiedensten Akteuren der Gesellschaft eingenommen werden müssen, damit Menschen mit Behinderung in Zukunft noch besser am gesellschaftlichen Leben im Landkreis Lörrach teilhaben können.

Vier Positivbeispiele aus der Praxis

Es braucht Mut, sich auf den Weg zu machen und sich auf Neues einzulassen. Dass es sich lohnt, zeigen wir anhand von **vier Beispielen** aus den Bereichen **Arbeit, Wohnen, Bildung** und **politische Beteiligung**. Sie demonstrieren, wie Akteure aus der „normalen“ Gesellschaft, Profis der Behindertenhilfe

und auch Betroffene an einem Strang ziehen können und damit das gemeinsame Miteinander zur alltäglichen Normalität werden kann.

Im ersten Kapitel zeigen wir am Beispiel der Kooperation von BAUHAUS Lörrach und KoBV, wie sich Menschen mit Behinderung beruflich weiterqualifizieren können, wie ihnen damit gleichzeitig eine reguläre Beschäftigung verschafft werden kann und warum das allen nützt – Arbeitnehmern wie auch Arbeitgebern. Das Thema Wohnen untersuchen wir in Kapitel 2: Darin wird berichtet, wie die Wohnbau Lörrach seit vielen Jahren gemeinsam mit der Lebenshilfe Lörrach Menschen mit Behinderung ermöglicht, eigenständig und selbstbestimmt in „normaler“ Nachbarschaft zu wohnen. Das dritte Kapitel schildert, wie sich die Gemeinschaftsschule Schliengen mit Unterstützung der Kommune auf den Weg gemacht hat, das Thema Inklusion im Unterricht umzusetzen und welche Herausforderungen und Erfolge damit verbunden waren und sind. Warum Lörrach einen eigenen Behindertenbeirat hat, wie es dazu kam und warum die Stadt ihn unterstützt und gleichzeitig von dessen Arbeit profitiert, davon berichten wir in Kapitel 4.

Für die Analyse der vier exemplarischen Inklusionsbeispiele haben wir jeweils ausführliche Interviews geführt, die zusammen mit weiteren Informationen verdichtet und ausgewertet wurden. Die untersuchten Prozesse befördern eine neue inklusive

Normalität und zeigen mögliche Anknüpfungspunkte für ähnliche Projekte und eigenes Handeln, sei es als Träger der Behindertenhilfe, Kommune, Arbeitgeber, Schule oder Vermieter. Die besprochenen Beispiele bereits gelebter Inklusion im Landkreis Lörrach sind dabei lediglich ein Ausschnitt vieler weiterer ähnlicher Projekte vor Ort. An ihnen versuchen wir, Gelingensbedingungen herauszuarbeiten, sprechen aber auch kritische und offene Punkte an.

Von einer neuen Kommunikationskultur zum Netzwerk Inklusion

Projekte wie KoBV (siehe Kapitel 1) oder die Wohnschule (siehe Kapitel 2) ermöglichen Betroffenen, entlang von wichtigen Themen wie Arbeit und Wohnen, oft erst den Gang in die Gesellschaft. Dass solche Initiativen entstehen konnten, ist auch einer besonderen Kommunikationskultur und -struktur im Landkreis Lörrach zu verdanken, die in den letzten Jahren dort zwischen verschiedenen Trägern der Behindertenhilfe und Verwaltung wachsen konnte und dabei auch Menschen mit Behinderung miteinbezieht. In Kapitel 5 erläutern wir, wie sich dieser Nährboden für Austausch und Vertrauen entwickeln konnte und warum er wichtig für die Fortentwicklung der Angebote vor Ort ist. Dabei basiert unsere Analyse auf Fragebögen, die zusammen mit anderen Dokumenten für unsere Untersuchung ausgewertet wurden.

Im sechsten Kapitel stellen wir schließlich unsere

eigene Arbeit – sprich die Aktivitäten des Netzwerk Inklusion – vor: Wir zeigen, was es in den letzten drei Jahren geleistet hat und ordnen dies in den Inklusionsprozess im Landkreis ein.

Gemeinsam für mehr Offenheit und ein besseres Miteinander

Zum Schluss fassen wir die Ergebnisse in Kapitel 7 zusammen und geben einen Ausblick auf wichtige Themen der Zukunft. Der Weg zu einem inklusiven Gemeinwesen wurde im Landkreis Lörrach vielerorts bereits mit großem Engagement begonnen, ist aber noch lange nicht abgeschlossen. Es ist ein großes Projekt mit enormen Potentialen, aber auch vielen Fragezeichen. Welche Wege eingeschlagen werden sollen, ist zu Beginn nicht immer eindeutig, manches erscheint zunächst unscharf. Wichtig ist uns dabei aber vor allem eines: Der Einbezug von Menschen mit Behinderung ist ebenso wichtig wie unersetzlich, damit ihre Sicht, ihre Wünsche und Bedürfnisse einfließen können. Denn: Der Abbau von Hürden im Alltag und Barrieren in den Köpfen ist nur gemeinsam möglich!

Marie-José Rosenwald & Bernd Winter

Arbeiten. Fest im Team! (Kapitel 1)

„Es gibt Kunden, die gleich reklamieren. Da muss man ruhig bleiben, auch wenn man innerlich kocht. Aber das kann ich.“

Christoph Furler

Das BAUHAUS Lörrach zählt auf Menschen mit Behinderung als qualifizierte und motivierte Mitarbeiter.

In der Abteilung Stadtgarten beginnt Anfang Oktober bereits die Weihnachtssaison: Im Gang steht eine große Palette, vollgepackt mit Elchen aus Holz. Die Ware muss rasch aufgestellt werden, mehrere Mitarbeiter packen mit an.

Christoph Furler und seine Kolleginnen und Kollegen arbeiten zügig Hand in Hand. Kaum sind Elche und Palette weggeräumt, wartet bereits die nächste offene Fläche darauf, mit Artikeln bestückt zu werden. Den detaillierten Plan dafür hat Furler zusammen mit seinem Abteilungsleiter erstellt.

In der Abteilung gibt es das gesamte Jahr über viel Wareneingang und eine hohe Kundenfrequenz. Zum Team gehören 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, je nach Saison auch mal mehr. Furler und Benjamin Zapf sind fest im Team integriert, arbeiten im

Schichtdienst und haben unbefristete Arbeitsverträge. Einziger Unterschied zu den Kolleginnen und Kollegen: Sie haben aufgrund ihrer Behinderung per Gesetz ein Anrecht auf fünf Tage mehr Urlaub im Jahr.

Furler hat seit Februar 2012 eine reguläre Anstellung, Zapf kam ein Jahr später hinzu. Das BAUHAUS Lörrach kannten beide bereits durch Vorpraktika im Rahmen ihrer Berufsvorbereitung. Der Betrieb ist einer von vielen Partnern der KoBV in der Region.

KoBV steht für „Kooperative berufliche Bildung und Vorbereitung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt“. Die Maßnahme wendet sich an Abgänger von Schulen für geistig behinderte Menschen oder Förderschulen, die aufgrund ihrer Behinderungen keinen Schulabschluss und keine Ausbildung machen können. Träger ist die Lebenshilfe Lörrach. Enge Partner sind zudem berufliche Schulen, Schulamt und Integrationsamt. Finanziert wird das Projekt durch die Agentur für Arbeit. Die 18 Monate dauernde Maßnahme soll die Teilnehmerinnen und Teilnehmer befähigen, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt eine sozialversicherungspflichtige Stelle zu finden. Dazu werden ihre individuellen Fähigkeiten ausgelotet und gefördert sowie passgenau auf sie zugeschnittene Praktika in Betrieben vermittelt. An zwei Tagen in der Woche gehen sie in eine eigene Klasse an der Gewerbeschule, wo sie neben beruflichen Inhalten auch lebenspraktische Dinge lernen.

Gleich mit anpacken

Auf die Anfrage der KoBV, junge Leute als Praktikanten zu beschäftigen, reagierte das BAUHAUS Lörrach sehr offen: „Anfangs hatte ich einige Bedenken“, räumt Oliver Fiedel, Mitglied der Geschäftsleitung, ein. „Auch weil die Erwartungshaltung unserer Kunden stetig zunimmt und die Toleranz gegenüber Mitarbeitern, die 'nicht so schnell bei der Sache sind', eher niedrig ist.“ Erfahrungen aus dem privaten Umfeld haben ihn aber darin bestärkt, Menschen mit einer Behinderung „eine Chance zu geben“.

Das KoBV-Konzept garantiert ihm, ein Langzeitpraktikum jederzeit beenden zu können, wenn es nicht funktioniert. Im Gegenzug kann auch der Praktikant das BAUHAUS kurzfristig verlassen, wenn er lieber in einen anderen Betrieb wechseln will.

Beides ist für das BAUHAUS mit seinen 140 Beschäftigten kein gravierendes Problem. „Als großer Betrieb können wir Ausfälle recht schnell ersetzen. Kleineren Betrieben fällt das vermutlich schwerer“, meint Fiedel.

Der stellvertretende Geschäftsleiter betont aber auch, dass der Arbeitsalltag im „stressigen Handel“ keine große Rücksichtnahme auf die Praktikanten erlaubt. Sie werden von Beginn an „ins kalte Wasser geschmissen“.

Dank einem durchdachten Einarbeitungskonzept

funktioniert das im BAUHAUS meist reibungslos:

Zu Beginn schaut sich der Praktikant alle Abteilungen an, damit er lernt, wo welche Waren zu finden sind. Denn die Beantwortung von Kundenfragen gehört zu den wichtigsten Aufgaben. „Unsere Kunden sprechen alle Mitarbeiter an – egal, ob es sich um erfahrenen Kollegen handelt oder solche, die die Ware in die Regale räumen und nur zivile Kleidung tragen“, erklärt Fiedel. „Unsere 'Neuen' sollen dann sagen, dass sie Praktikanten sind. Wenn sie wissen, wo das Produkt steht, können sie den Kunden selbst hinführen. Sind danach noch Fragen offen, sollen sie einen Kollegen rufen.“ Beim anschließenden Beratungsgespräch können die Praktikanten selber teilnehmen, „dann lernen sie gleich wie so etwas abläuft.“ Sind die Praktikanten zwei oder drei Wochen im Haus, erhalten sie ein BAUHAUS-T-Shirt und ein Namensschild, das verstärkt das Zugehörigkeitsgefühl.

Weil der Mitarbeiterstamm immer wieder durch Schülerpraktikanten, Langzeitarbeitslose oder Menschen mit Suchtproblemen aus Eingliederungsmaßnahmen ergänzt wird, sei es es normal, „wenn wieder mal jemand anders im Pausenraum sitzt“. Neue Mitarbeiter werden der Belegschaft mit einem Steckbrief im Flur vor dem Pausenraum vorgestellt, ergänzt durch die Information, in welcher Abteilung sie arbeiten.

Unbefristete Arbeitsverträge erhalten

KoBV samt Praktikum ebneten auch Benjamin Zapf und Christoph Furler den Einstieg ins BAUHAUS. Markus Bürklin, seit 2003 Leiter der Abteilung Stadtgarten, kennt beide seit ihrer Praktikantenzeit. Beide konnten bestens integriert werden: „Sie sind für mich vollwertige Mitarbeiter“, betont Bürklin. „Sie haben Stärken und Schwächen, wie alle anderen auch.“

Ein Vorteil der Abteilung Stadtgarten ist ihre besondere Organisationsstruktur, die in die Teams Service, Verkauf und Waren einräumen unterteilt ist und es erlaubt, Mitarbeiter je nach ihren Fähigkeiten einzusetzen: „Herr Zapf kann gut mit anpacken. Wenn ich ihm einen Auftrag erteile, muss ich mich nicht mehr darum kümmern“, so Bürklin. „Weiß er bei einer Kundenfrage mal nicht weiter, holt er einen Kollegen hinzu.“

Christoph Furler hat sich rasch zu einem sehr guten Verkäufer entwickelt: „Am Anfang habe ich eher Waren eingeräumt. Irgendwann ist Herr Bürklin auf mich zugekommen und meinte, er traut mir mehr zu. Deshalb habe ich an vielen Produktschulungen teilgenommen.“

Das Vertrauen von Bürklin hat ihm gut getan und ihn selbstbewusster gemacht. Zapf und Furler sind normaler Teil des Teams, darauf legt Bürklin großen Wert. Furler gefällt es in der Abteilung sehr gut,

sowohl was die Arbeit angeht als auch das Verhältnis der Kolleginnen und Kollegen untereinander. Auch privat haben sie Kontakt.

Christoph Furler und Benjamin Zapf haben von Beginn an viel Interesse gezeigt und sich im Laufe ihrer Arbeit „sehr, sehr gut entwickelt“, berichtet Oliver Fiedel. Deshalb haben beide nach ihrer Praktikantenzeit einen unbefristeten Arbeitsvertrag erhalten, so dass sie von Tariferhöhungen und Prämien wie alle anderen profitieren.

Beim BAUHAUS wird von jedem Mitarbeiter, so Fiedel, ein Grundniveau an Können erwartet, es wird jedoch akzeptiert, wenn sie an ihre Grenzen stoßen. Bei Furler und Zapf sind das zum Beispiel komplizierte Kundenbestellungen. Darauf kann sich die Abteilung einstellen.

Schwieriger wird es, wenn jemand die ihm übertragenen Aufgaben nicht erfüllt und dass zu ernsthaften Problemen im Geschäftsablauf führt. Fiedel erinnert sich an einen Praktikanten, der mehrfach Paletten falsch abstellte – die für die Holzabteilung im Sanitärbereich. „So etwas können wir uns nicht leisten,“ sagt Fiedel. „Auch wenn jemand nicht so schnell ist wie die anderen, die Paletten müssen am richtigen Ort stehen.“

Solche Erfahrung mit Praktikanten sind aber eher die Ausnahme. Garant dafür ist die sorgfältige Vorbereitung durch die KoBV, für Fiedel ein wichtiger

Grund, dem Projekt zuzustimmen. „Gute Vorbereitung ist das A und O,“ betont er. „Schickt man hingegen Praktikanten einfach mal so, wirkt das eher abschreckend auf die Betriebe.“ Zudem hat Fiedel bei möglichen Problemen einen Ansprechpartner bei der KoBV, der sich umgehend kümmert. Diese Unterstützung wurde zwar nie wirklich benötigt, schafft aber von Anfang an Sicherheit im Umgang mit den Praktikanten mit Behinderungen. „Unterm Strich haben wir sehr positive Erfahrungen gemacht“, lautet Fiedels Fazit. Aus seiner Sicht gibt es kein betriebliches Risiko, da man sich bei Misserfolg jederzeit trennen kann.

Fazit

Von Seiten des BAUHAUS Lörrach in Person von Oliver Fiedel, Mitglied der Geschäftsleitung, bestand eine große Offenheit, sich auf Neues einzulassen, als die KoBV wegen Praktika anfragte. Anfängliche Bedenken, bezogen auf ein möglicherweise geringeres Verständnis von Kunden gegenüber BAUHAUS-Mitarbeitern, die vielleicht etwas länger brauchen, erwiesen sich als unbegründet.

Die sorgfältige Vorbereitung der jungen Menschen auf das Praktikum, das auf deren Kenntnisse, Fähigkeiten und Vorlieben passgenau zugeschnitten wird, kann schon im Vorfeld ein mögliches Scheitern verhindern. Die Betreuung durch die KoBV sowie deren Zusicherung, bei Problemen sofort Unterstützung zu

leisten, schafft zusätzliche Sicherheit im vielleicht ungewohnten Umgang mit Praktikanten mit einer Behinderung.

Als Vorteil erwies sich, dass das BAUHAUS mit 140 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein großer Betrieb ist: Praktikanten können hier kurzfristig ersetzt werden, sollten sie von einem Tag auf den anderen ihren Praktikumsplatz verlassen. Kleinere Betriebe, die jede zupackende Hand benötigen, können solche Probleme nicht ohne Weiteres auffangen.

Eine offene Gesprächskultur von der Leitungsebene bis in die einzelnen Abteilungen hilft dabei, auftauchende Probleme von Beginn an zu verhindern. Im BAUHAUS Lörrach liegt hinter dem Kassensbereich das Büro der Geschäftsleitung, ein nur durch halbhohe Wände abgeteilter Raum. Alle Mitarbeiter können jederzeit dort hingehen, wenn sie ein Problem haben, „dann wird es geklärt. Das gilt auch für jeden Praktikanten oder jede Aushilfe“, sagt Oliver Fiedel.

Die Zahl der Mitarbeiter im BAUHAUS ändert sich saisonal. Deshalb ist es für die festen Mitarbeiter normal, oft mit neuen Kollegen zusammenzuarbeiten. Das erleichtert den beruflichen Einstieg für Menschen mit einer Behinderung. Furler und Zapf wurden rasch Teil des Teams und mit ihren Stärken und Schwächen von allen schnell akzeptiert.

Wohnen. Natürlich mittendrin! (Kapitel 2)

„Ich musste darum kämpfen, alleine wohnen zu dürfen. Mir gefällt es super hier.“

Peter Heß

Die Wohnbau Lörrach und ihre Kooperationspartner ermöglichen Menschen mit Behinderung das selbstbestimmte Wohnen in normaler Nachbarschaft.

Peter Heß steht auf dem Treppenabsatz vor seiner Eingangstür und lädt herzlich in seine Wohnung ein. Neben einem Platz auf dem Sofa bietet er auch etwas zu trinken an. Seine Neugier auf die Fragen ist offensichtlich, zur Unterstützung hat er sich seinen Bruder Martin hinzu geholt.

Heß wohnt seit zwei Jahren in der Ernst-Schultz-Straße in Lörrach. Es ist seine erste eigene Wohnung. Alleine zu wohnen war sein größter Wunsch, betont er mit Nachdruck. Aber: „Ich musste darum kämpfen und zeigen, was ich in der Wohnschule gelernt habe.“

Die Grundlagen für den Schritt in die Selbständigkeit hat Heß in der Wintersbuckstraße in Lörrach erlernt, wo die Lebenshilfe eine Wohnung für eines ihrer Wohnschulprojekte unterhält. Es richtet sich an junge

Menschen mit einer Behinderung und bereitet diese auf ein selbständiges Leben vor. Junge Erwachsene leben hier zusammen in einer Wohngemeinschaft. Sie besteht aus Einzelzimmern und gemeinsam genutzten Räumen. Über zwei Jahre erlernen sie Alltagskompetenzen, beispielsweise kochen, putzen, waschen, einkaufen, den Umgang mit Geld, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen und ihre Freizeit zu gestalten. Ein wichtiges Ziel ist darüber hinaus, eine persönliche Zukunftsperspektive auch für das Wohnen nach der Wohnschule zu entwickeln.

Peter Heß gibt unumwunden zu, dass die Umstellung vom Leben in der Wohngemeinschaft hin zum alleine wohnen nicht leicht war. „Es hat schon ein bisschen gedauert, bis ich mich hier eingelebt habe.“ Sehr dabei geholfen habe ihm sein älterer Nachbar, zu dem er ein vertrauensvolles Verhältnis hatte. Inzwischen ist dieser verstorben, sein Tod hat Heß anfangs sehr zugesetzt.

Im Mietshaus grüßen sich die Bewohner untereinander, halten auch mal ein Schwätzchen vor der Haustür, leben aber insgesamt eher für sich. Gibt es kritische Situationen sind sie jedoch zur Stelle: Als Heß über eine spannende Sendung im Fernsehen sein Essen auf dem Herd vergaß und der Feuermelder losging, kam der Nachbar aus der unteren Wohnung gleich vorbei und fragte nach.

Neben seinem Bruder Martin, zu dem er ein sehr inniges Verhältnis hat und der für ihn immer erreichbar

ist, kommt zweimal in der Woche Anja Wintermantel von der ambulanten Wohnbegleitung der Lebenshilfe vorbei und schaut, ob Heß Unterstützung benötigt, zum Beispiel beim Einkaufen.

Für Heß immer ansprechbar ist Hausmeister Helmut Ernst: Im Badezimmer hat er schnell und unbürokratisch den defekten Duschschauch repariert und bei der kaputten Toilettenspülung rasch eine Firma hinzugeholt. Ernst ist einer der Hausmeister der Wohnbau Lörrach für deren Quartier in der Nordstadt, zu dem auch die Mietshäuser in der Ernst-Schultz-Straße gehören.

Ambulant begleitetes Wohnen

So wie Peter Heß wünschen sich immer mehr Menschen mit einer Behinderung alleine oder auch mit anderen zusammen zu wohnen, unterstützt von ambulanter Begleitung. Die Zahl dieser Personen ist im Landkreis Lörrach stark angestiegen: Von 71 Personen im Jahr 2008 auf 133 im Jahr 2014, das entspricht einer Zunahme von knapp 90 Prozent innerhalb von sechs Jahren (Zahlen des Landratsamtes Lörrach, bezogen auf Menschen mit einer geistigen und/oder körperlichen Behinderung, die Leistungen der Eingliederungshilfe des Landkreises Lörrach beziehen).

Dem Wunsch nach eigenständigem Wohnen steht die seit einigen Jahren anhaltende schwierige Lage auf

dem Wohnungsmarkt – wenig Fluktuation, fast keine Leerstände, eine konstant hohe Nachfrage nach Wohnraum – entgegen. Gerade in dieser schwierigen Situation ist die Wohnbau Lörrach ein wichtiger Partner der Lebenshilfe, um Behinderten trotzdem das eigenständige Wohnen zu ermöglichen.

Seit der ersten Anfrage der Lebenshilfe ist die gemeinsame Kooperation Stück für Stück gewachsen. Die erfolgreiche Zusammenarbeit gründet auf vielen Faktoren. Unter anderem spielt dabei das eigene unternehmerische Selbstverständnis der Wohnbau eine wichtige Rolle: Die Wohnbau Lörrach ist ein städtisches Unternehmen, das auch soziale Aufgaben wahrnimmt. „Dazu gehört natürlich, dass wir uns gerade bei der Wohnversorgung um Menschen kümmern wollen und sollen, die nicht zu den Privilegiertesten gehören“, betont Geschäftsführer Thomas Nostadt. Er ergänzt, dass das Behindertenthema dabei lediglich „eine Facette im Ganzen“ sei.

Lebendige Wohnquartiere

Zur Unternehmensphilosophie gehört auch die Beförderung von vitalen und sozial durchmischten Quartieren. Ein wichtiger Aspekt sind dabei die baulichen Voraussetzungen der Wohnungen: Ein Viertel der ca. 3000 Wohnungen der Wohnbau in Lörrach und Schopfheim wurden so gestaltet, dass sie barrierefrei zugänglich sind. Ziel der Wohnbau ist,

diesen Anteil auszubauen und damit den Anteil am behinderten- und seniorengerechten Hausbestand zu erhöhen, da der Bedarf aufgrund des demografischen Wandels deutlich steigen wird.

Neben baulichen Maßnahmen wird die Quartiersentwicklung zudem durch ein aktives Belegungsmanagement bewusst gesteuert. Die enge Verzahnung zwischen Vermietungsservice, Kundenberater, Hausmeister und Geschäftsführung der Wohnbau bildet die Basis eines erfolgreichen Belegungsmanagements: Bei Freiwerden einer Wohnung wird gezielt nach einem passenden Nachmieter gesucht, der die bestehende Hausgemeinschaft gut ergänzt. „Zeigt sich dabei, dass eine Hausgemeinschaft bereits an der Belastungsgrenze oder vielleicht auch von der Zusammensetzung nicht so geeignet ist, dann lassen wir das. Dann müssen wir eben auf die nächste Wohnung warten“, erklärt Willi Brunen, Leiter der Stabsstelle Soziales Management. Diese aktive Steuerung befördert eine durchmischte Quartiersstruktur und hilft bei der Umsetzung von Integrations- und Inklusionsaufgaben. Neben der Zusammenarbeit mit der Lebenshilfe setzt die Wohnbau ihren sozialen Auftrag auch durch andere Kooperationen um: Sie ist Partnerin des Sozialpsychiatrischen Dienstes; sie ist Ansprechpartnerin für das Frauenhaus, für die Straffälligenhilfe oder stellt Wohnungen für Menschen zur Verfügung, die eine Suchttherapie gemacht haben

und für die selbständiges Wohnen Teil der Rehabilitation ist.

Die Menschen mit Behinderung, die in Wohnungen der Wohnbau leben, werden in regelmäßigem Turnus von Mitarbeitern der Lebenshilfe besucht: Schon beim Einzug in ein Haus stellen sie sich gemeinsam mit dem neuen Nachbar den anderen Hausbewohnern vor, um mögliche Vorbehalte erst gar nicht entstehen zu lassen. Das gibt den Nachbarn Sicherheit und verhindert, dass sie in die Rolle eines „Aufpassers“ gedrängt werden.

Brunen hat erfahren, dass Nachbarn gegenüber Menschen mit einer Einschränkung besonders achtsam sind. Ein gewisser Lärmpegel wird toleriert und anstelle des Hausmeisters eher der Betreuer direkt kontaktiert, wenn Probleme, zum Beispiel mit der Ordnung, auftauchen.

Aktiv moderiert wird das Zusammenleben der Hausgemeinschaft von Seiten der Wohnbau durch die Schaffung von Gemeinschaftsräumen, die in einigen Wohnquartieren vorhanden sind. Brunen und seine Kollegin, die Sozialarbeiterin ist, gehen auch selbst zu den Treffen in den Räumen, vermitteln zwischen Bewohnern und zeigen, wie eine Kommunikation auf Augenhöhe möglich ist. Auf diese Art und Weise wird möglichem Konfliktpotential gleich zu Beginn begegnet.

Gibt es dennoch größere Probleme, werden diese

rasch ausgeräumt, da die Wege zur Lebenshilfe Lörrach kurz sind. Dies ist auch ein Grund für die Konstanz der Zusammenarbeit mit der Lebenshilfe, die zurzeit bei neun Wohnungen als Mieter auftritt. Darüber hinaus gibt es eine stetig wachsende Zahl an Wohnungen, bei denen Menschen mit Behinderung selber Mieter sind, derzeit etwa 60 Wohnungen. Auch Peter Heß hat selbständig den Mietvertrag mit der Wohnbau geschlossen.

In der Praxis beginnt ein Mietverhältnis mit einer Anfrage der Lebenshilfe, oft in Person von Heidi Glöss, Bereichsleiterin Wohnen. Ihre Wünsche gleichen die Mitarbeiter der Wohnbau mit ihrem derzeitigen Angebot ab, bewerten die Dringlichkeit der Wohnungsanfragen anderer und achten bei der Belegung auf das Prinzip einer durchmischten Quartiersstruktur.

Problem Wohnraummangel

Menschen mit Behinderung sind von ihrer Einkommenssituation her meist auf günstigen Wohnraum angewiesen. Die Finanzierung dieser Wohnungen stellt laut Wohnbau eigentlich kein Problem dar. Als Beispiel führt Nostadt die Wohnanlage Niederfeldplatz in Lörrach an, ein bereits mehrfach prämiertes Stadtquartier, welches 2014 fertig gestellt wurde. Im Quartier leben in einer großen Wohnung vier junge Leute im Rahmen eines Wohnschulprojekts der Lebenshilfe. Zur Finanzierung

der Wohnung reichen die Leistungen der Grundsicherung aus, so der Geschäftsführer.

Im Vergleich zu anderen städtischen Wohnbaugesellschaften im Regierungsbezirk Freiburg hat die Wohnbau Lörrach in Bezug auf die Einwohnerzahl einen sehr großen Mietwohnungsbestand. Dennoch stößt sie bei ihren Anstrengungen, benachteiligte Menschen, auch solche mit Behinderungen, mit Wohnraum zu versorgen, durch die Marktsituation im Ballungsgebiet Lörrach immer wieder auf Grenzen: „Alle drängen nach Lörrach, gerade in den Zentralort: Vom Grundsicherungsbezieher über kleine Angestellte und Senioren, die die kurzen Wege zum Arzt und die Infrastruktur schätzen bis hin zu Akademikern, die in der Schweiz hochbezahlte Arbeitsplätze haben und anderen mit hohem Einkommen – alle wollen aus unterschiedlichsten Motiven nach Lörrach ziehen. Der Markt ist schwierig und die Fluktuation bei unseren Wohnungen geht zurück – das ist eigentlich der Hauptengpass im Moment. Egal, für wen wir was versuchen anzubieten“, so Nostadt.

Fazit

Die Wohnbau Lörrach nimmt sich der Aufgabe der Wohnraumversorgung von Benachteiligten, auch solchen mit Behinderung, und der Beförderung inklusiver Stadtteile an. Dabei kann sie auf jahrelang erfolgreiche Kooperationen, wie die mit der

Lebenshilfe Lörrach, zurückgreifen. Bei Neuvermietungen prüft die Lebenshilfe gezielt, welche Menschen mit Behinderung alleine, zu zweit oder als Wohngemeinschaft ambulant begleitet leben können. Zudem sichert sie der Wohnbau durch einen direkten und kurzen Draht zu, dass auftauchende Probleme gleich zu Beginn konkret und zielgerichtet gelöst werden, auch wenn dies bedeutet, dass ambulante Begleitung über einige Wochen intensiver gestaltet werden muss.

Die Finanzierung und Barrierefreiheit einer Wohnung wird von der Wohnbau nicht als großes Problem angesehen. Dabei ist jedoch anzumerken, dass ein barrierefreier Zugang zur Wohnung noch keine barrierefreie Wohnung bedeutet. Tatsächlich stellt die bauliche Situation vieler Wohnungen (zu schmale Türen, zu wenig Bewegungsraum, keine ebenerdige Dusche etc) für viele Wohnungssuchende, beispielsweise solche mit einer schweren Gehbehinderung, aktuell noch eine entscheidende Hürde dar.

Trotz der Tatsache, sich wegen des aktiven Belegungsmanagements immer wieder mit kritischen Tönen konfrontiert zu sehen, behält die Wohnbau dieses Verfahren beharrlich bei. Dieses Steuerungsinstrument ermöglicht überhaupt erst die Schaffung von durchmischten und funktionierenden Stadtteilen und Häusern. Der Lebenshilfe ermöglicht dieses Vorgehen erst, für ihre Wohnschulen und

ambulant begleiteten Wohngruppen Wohnraum zu finden. Mit dem sozialen Management moderiert die Wohnbau aktiv das Zusammenleben der Hausgemeinschaften und schafft mit den Gemeinschaftsräumen niederschwellige Möglichkeiten, sich zu begegnen, sich kennen zu lernen und mögliche Unsicherheiten und Ängste von Beginn an erst gar nicht aufkommen zu lassen. „Wenn man ganz bewusst bunt will, dann muss man halt die Reibungen, die es gibt, auch aushalten. Tun wir auch“, so Thomas Nostadt.

Menschen mit Behinderung die Teilhabe in der Gesellschaft zu ermöglichen und damit Inklusion ein Gesicht zu geben hängt im Wesentlichen auch davon ab, dass sie zentral in Wohnquartieren leben und sich als Teil davon verstanden und akzeptiert wissen. Diese alltäglichen Begegnungsräume von Menschen mit und ohne Behinderung im normalen Nachbarschaftsumfeld werden durch ambulant begleitete Wohnformen ermöglicht. Der Ausbau dieser wird allerdings durch den äußerst angespannten Wohnungsmarkt in und um Lörrach eingeschränkt. Selbst die Wohnbau Lörrach kann, obwohl sie einen großen Wohnungsbestand besitzt, nicht die strukturellen Probleme des Wohnungsmarktes lösen, die durch eine wenig nachhaltige Wohnungspolitik der letzten Jahrzehnte befördert wurden.

Eine interessante Frage ist, warum die große Zahl der Einzelvermieter mit den stadtwweit meisten

Wohnungen sowie die Wohnungsgenossenschaften bei der Wohnraumvermietung für Menschen mit Behinderung zurückhaltend sind. Dies wäre ein Lern- und Entwicklungsfeld für die Zukunft, bei dem Privatvermieter und Genossenschaften Erfahrungen im alters- und behindertengerechten Wohnen sammeln könnten. Hinsichtlich der demographischen Entwicklung der Gesellschaft wird der Bedarf an tatsächlich barrierefreien Wohnungen stark ansteigen. Mangelt es an diesen, bedeutet das für die Bewohner häufig, dass sie bei einer altersbedingten Gehbehinderung aus ihrer Wohnung ausziehen müssten. Geeignete Alternativen in der Nachbarschaft finden sich nur selten. Der Weg in ein Pflegeheim wäre unausweichlich, obwohl es ansonsten möglich wäre, im vertrauten Umfeld ambulant begleitet wohnen zu können.

Die Herausforderungen für die kommunal Verantwortlichen in Bezug auf den Wohnungsmarkt sind in der Gegenwart und nahen Zukunft groß: Mittelfristig steht auch die dezentrale Wohnversorgung der ankommenden Flüchtlinge auf der Agenda. Zudem soll das Markus-Pflüger-Heim in Schopfheim, in dem 245 seelisch behinderte, suchtkranke und ältere psychisch erkrankte Menschen leben, laut Kreistagsbeschluss bis zum Jahr 2019 in seiner jetzigen Form aufgelöst werden. Die Bewohner müssen demnach dezentral ambulant versorgt und untergebracht werden.

Lernen. Alle miteinander! (Kapitel 3)

„Max bleibt freiwillig länger;
er genießt die besondere Aufmerksamkeit in
der Kleingruppe.“

Manuela Ziegert

**In der Gemeinschaftsschule Schliengen steigern neue
Lernformen Motivation und Konzentration aller Kinder.**

Freitagmittag um halb eins sitzt Max über seinen Matheaufgaben, zusammen mit drei anderen Schülern. Im Schulhaus ist es ruhig, fast alle sind schon ins Wochenende gegangen. Die vier Jungs arbeiten konzentriert, um selbst Lösungswege zu finden und auf das Ergebnis zu kommen. Am Ende der Stunde ist die Lehrerin sehr zufrieden, Max auch, das Wochenende kann beginnen.

Mathematik ist zurzeit nicht Max stärkstes Fach. Seine Vergesslichkeit erschwert ihm das Rechnen mit Zahlen und Formeln. In solchen Situationen erhalten Schüler wie Max in der Hebelschule Schliengen eine besondere Förderung außerhalb des regulären Stundenplans. Als „Nachsitzen“ empfindet er diese Stunden nicht, ganz im Gegenteil, wie seine Mutter Manuela Ziegert sagt. Max genießt die besondere

Aufmerksamkeit in der Kleingruppe.

Der 14-jährige geht in die 8. Klasse der Gemeinschaftsschule Schliengen. Seine ersten Grundschuljahre war er auf einer Waldorfschule. Dort stellte sich im Verlauf des vierten Jahres heraus, dass für Max eine Alternative gefunden werden musste. Für die in Müllheim wohnende Familie kam die „normale“ Grundschule vor Ort nicht infrage. In der neuen Schule sollten Methoden der Waldorfpädagogik, wie zum Beispiel der Verzicht auf Noten, zum Konzept gehören.

Ein Tipp führte die Familie nach Niedereggenen. In dem kleinen Ort befindet sich eine Außenstelle der Gemeinschaftsschule Schliengen. Es sei sehr vorteilhaft gewesen, so Manuela Ziegert, dass Max dort in eine Klasse mit nur 19 Schülern und einer „gradlinigen“ Lehrerin kam, die Max deutlich signalisierte: „So läuft es hier.“ Das gab Max Sicherheit: Er fühlte sich von Beginn an wohl, seine Konzentrationsprobleme ließen nach. Und er konnte den aufgrund des Schulwechsels entstandenen Rückstand im Lernstoff rasch aufholen.

Folgerichtig, so Manuela Ziegert, meldeten die Eltern Max nach der Grundschulzeit für die fünfte Klasse der Hebelschule in Schliengen an. Die Freude, mit der Max von Anfang an in die Schule ging, ist geblieben, auch mit Fieber will er nicht zuhause bleiben. Ziegert spricht von einem „Glücksgriff für die ganze Familie“: Kommt Max nachmittags aus der Schule, sind alle

Hausaufgaben bereits gemacht und die Vokabeln schon gelernt. „Wer sich bewusst für die Gemeinschaftsschule entscheidet, hat eine große Zufriedenheit – die Eltern wie das Kind“, so die Elternbeiratsvorsitzende.

Aufbruch zur Gemeinschaftsschule

Seit den 70er-Jahren war die Hebelschule Schliengen eine zweizügige Hauptschule. Bedingt durch den Geburtenrückgang und die sinkende Akzeptanz der Hauptschule ging ab 2000 die Schülerzahl rapide zurück. Die Schule rutschte bis zum Jahr 2008 in die Einzügigkeit.

Der Schulstandort war in Gefahr, so Andreas Schlageter, Rektor der Hebelschule. Das war jedoch nur ein Argument dafür, „die Schule konzeptionell neu zu denken.“ Aus dem 20-köpfigen Kollegium heraus bildete sich ein engagiertes Team von acht Lehrerinnen und Lehrern, das schon ab 2008 ein Konzept neuer Lernkulturen, orientiert an den Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler sowie am gemeinsamen Lernen, voranbrachte. Dabei gab es eine breite Unterstützung für den Umgestaltungsprozess, auch wenn sich nicht alle gleichermaßen daran beteiligten. „Das haben wir individuell geregelt, also jeder so, wie er konnte und wollte. Und damit sind wir gut gefahren“, sagt Schlageter rückblickend.

Die Lehrer waren „begeistert von der Idee, etwas ganz Neues zu machen“, sagt der Rektor. Das spiegelt sich auch im neuen Konzept wider: Die Schule wurde offene Ganztagschule mit Mittagessen und Nachmittagsbetreuung, gleichzeitig kamen Schulsozialarbeiterinnen und es wurde eine Berufswegeplanung für Schüler höherer Jahrgangsstufen eingeführt. Einen besonderen Impuls löste ein Besuch bei „ipso - Haus des Lernens“, einer anerkannten Privatschule in Basel, die seit 1980 neue Lernformen umsetzt, aus: Dort erfuhr das Kollegium der Hebelschule Schliengen, wie neue Lernformen in positiver Art und Weise das Gesicht einer Schule verändern, sowohl in pädagogischer als auch in räumlicher Hinsicht.

Neben der Begeisterung auf Seiten der Lehrerschaft brauchte es die Unterstützung der Gemeinde als Schulträger. Ein neues pädagogisches Konzept konnte nur mit innovativen räumlichen Maßnahmen und entsprechenden finanziellen Mitteln umgesetzt werden. „Wir haben einen Bürgermeister, der es klasse findet, wenn man quer denkt und es spannend findet, wenn man etwas Neues macht - also eine Portion Mut notwendig ist. Das hat gepasst“, so Schlageter. Er lud Bürgermeister Werner Bundschuh ein, mit nach Basel zu ipso zu kommen, um sich selber ein Bild zu machen. Bundschuh beeindruckte der Besuch nachhaltig: „Die alten Unterrichtsformen mit Frontalunterricht und Tafel gehören der Vergangenheit an. Die neuen Unterrichtsformen

verlangen andere Räumlichkeiten, um das individuelle Lernen zu unterstützen.“

Der Gemeinderat stellte die finanziellen Mittel zur Verfügung, um sogenannte Lernateliers einzurichten. Die räumlichen Kapazitäten dafür gab es, da das Schulhaus einen großen Leerstand hatte. Zur positiven Haltung des Gemeinderates kam noch die Unterstützung des Staatlichen Schulamtes hinzu. Beides bestärkte das Kollegium, den eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen. Die Schule profitierte auch davon, „dass wir in Schliengen ein Alleinstellungsmerkmal haben und nicht ums Geld mit einer anderen Schule streiten müssen“, bringt Schlageter es auf den Punkt.

Das neue Konzept der Hebelschule trug bald Früchte: Die Schülerzahlen im Sekundarbereich verdoppelten sich rasch und belegten die wachsende Akzeptanz des neuen Konzepts. Die Gemeinschaftsschule Schliengen startete offiziell mit dem Schuljahr 2012/2013 als eine der ersten in Baden-Württemberg. Den dafür notwendigen Antrag hatte auch die Gemeinde unterstützt: „Wir waren von der Idee einer Gemeinschaftsschule für Schliengen überzeugt und haben deshalb die Rahmenbedingungen akzeptiert und die Finanzierung gesichert. Es gab weder Sorgen noch Befürchtungen, sondern viel Optimismus“, erinnert sich Bundschuh. Gemeinderat und Eltern haben das Projekt bis heute positiv unterstützt. Für die Zukunft wünscht sich der Bürgermeister, dass die

„permanenten politischen Diskussionen über Sinn und Unsinn der Gemeinschaftsschule aufhören und stattdessen die Gemeinschaftsschule endlich den Stellenwert erhält, den sie verdient.“

Konzept des individuellen und gemeinschaftlichen Lernens

Im Schuljahr 2014/2015 ist die Hebelschule im dritten Jahr Gemeinschaftsschule, zudem ist sie eine „gebundene Ganztagschule“ mit Unterricht an drei Nachmittagen bis 15:30 Uhr. Die Klassenstufen sind zweizügig. Dieser „familiäre Charakter“ soll auch zukünftig beibehalten werden. Vom Leistungsniveau her ist die Schule durchmischte: 50 Prozent der Schüler haben eine Empfehlung für eine Werkrealschule, 35 Prozent für eine Realschule und 10 bis 15 Prozent für das Gymnasium. Auch lern- und sprachbehinderte sowie autistische Kinder besuchen die Schule. Der Schulleiter erläutert den didaktischen Umgang mit dieser Zusammensetzung: „Wir wissen durchaus, dass die Kinder, egal, mit welchem Niveau sie kommen, sich im 'Band der Herausforderungen' bewegen. Sobald es zur Überforderung oder Unterforderung kommt, wächst die Unzufriedenheit. Da müssen wir sehr wachsam sein. Das bedeutet für die Rolle des Lehrers, sehr aufmerksam zu sein und sehr intensiv mit den Kollegen zusammen zu arbeiten, aber auch entsprechende Materialien zur Verfügung zu stellen.“

Jeder Schüler hat im Lernatelier, wie die Klasse genannt wird, einen individuellen Arbeitsplatz mit eigenen Materialien. Hier kann er in Ruhe an seinen Aufgaben arbeiten. Ein Kompetenzraster erfasst die laut dem allgemeinen Bildungsplan formulierten Lernziele, die der Schüler am Ende des Schuljahres in den Fächern erreicht haben muss. Das Raster gliedert sich in Einzelaufgaben, Lernjobs genannt. Jeder Schüler kann zu bestimmten Zeiten seine Lernjobs frei wählen, dieses individuelle Arbeiten erhöht Motivation und Konzentration. Wichtiger Baustein des Konzepts sind zudem projektorientiertes Arbeiten und kooperatives Lernen, also beispielsweise mit anderen Schülern gemeinsam an einem Thema zu arbeiten. Die erworbenen Kompetenzen werden mithilfe von Lernnachweisen überprüft. In wöchentlichen Coachinggesprächen reflektieren Lehrer und Schüler die Fortschritte und planen, in welchen Lernfeldern noch intensiver gearbeitet werden muss.

Diese neuen Formen des Lernens verändern die Arbeit der Lehrpersonen: Eine Klasse mit 26 bis 28 Kindern wird von zwei Lehrern im Team begleitet und angeleitet. Intensive Gespräche über einzelne Schüler und das gemeinsame Planen von Lernkonzepten erfordern ausgeprägte Teamfähigkeit und ein Umdenken, auch was die Arbeitszeit angeht. „Ich kann mittags um eins nicht nach Hause gehen und muss ein Teamplayer sein“, umschreibt es Schlageter. Und weiter: „Man braucht die Grundüberzeugung, dass man als Lehrer eine neue Rolle annehmen

möchte, nämlich die des Begleiters; dass man Kinder unterrichtet, eigentlich eher als Fächer, was nie ausschließt, dass man auch Fachkompetenz mitbringen muss, die ist wirklich wichtig. Aber viel bedeutsamer ist, dass man sich auf eine Beziehung zu den Schülern einlassen kann und will.“

Diese intensive Beziehungsarbeit schließt auch die Eltern mit ein: Sie erhalten wöchentlich eine Rückmeldung, wie es um die Motivation des Schülers steht, welche Lernerfolge es gibt und welche wichtigen Termine anstehen. Zum Halbjahr gibt es Lernentwicklungsberichte, die ein differenziertes und umfassendes Bild des Kindes und seines Lernniveaus in den einzelnen Fächern aufzeigen, hinzu kommen Bilanzgespräche zum Schuljahresende, in denen die Entwicklung des Kindes nochmals genau besprochen wird.

Das inklusive Konzept der Gemeinschaftsschule Schliengen ist eine pädagogische Antwort auf die zunehmende Vielfalt der Schülerschaft, auch von Kindern und Jugendlichen mit einer Behinderung. Im Schuljahr 2014/2015 besuchen zehn Kinder mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf die Hebelschule. Diese Kinder kommen aus dem Sprach- und Lernförderbereich, an der Schule gibt es keine geistig oder körperbehinderten Kinder. Die zehn Schüler sind auf sieben verschiedene Klassen verteilt. Dadurch, so Schlageter, gelingt der Integrationsprozess gut, es gibt keine Stigmatisierung: „Die Mitschüler haben bis

heute teilweise nicht bemerkt, dass es inklusive Kinder sind, die ein anderes oder schlechteres Leistungsniveau haben.“

Die Eltern der Kinder mit Förderbedarf äußern in Gesprächen deutlich, dass sie die Entscheidung, ihr Kind an einer Gemeinschaftsschule anzumelden, nie bereut haben. Der Schulleiter fasst die Erfahrungen zusammen: „Die Kinder haben vor allem im Sozialen und auch was psychologische Aspekte wie Motivation und Selbstbewusstsein angeht enorme Fortschritte gemacht.“

Die knapp bemessenen Personalressourcen für die zehn Kinder mit Förderbedarf stellen die Schule jedoch vor große organisatorische Herausforderungen: Zwei Sonderpädagoginnen mit zusammen nur 25 Stunden pro Woche kümmern sich um diese Kinder. „Das ist deutlich zu wenig“, betont Schlageter. Mit diesem Zeitpensum können die beiden Kräfte ihre Aufgaben kaum schaffen: Diagnostische Abklärungen durchführen, Förderkonzepte entwickeln, die Kinder begleiten und unterrichten. Da die Kinder auf sieben Klassen verteilt sind, müssen sich die Sonderpädagoginnen mit vierzehn Lehrerinnen und Lehrern austauschen. Da die Kolleginnen nur an ein, zwei Tagen in der Woche an der Schule in Schliengen sind und ansonsten an anderen Schulstandorten arbeiten, ist es schwierig, ein gemeinsames Zeitfenster für Kooperationsabsprachen mit den Klassenlehrern zu finden. Schlageter drängt darauf,

die Ressourcen dringend zu erhöhen, auf vier statt zweieinhalb Wochenstunden pro Kind, „damit man dem Inklusionsgedanken gerecht wird. Wichtig ist auch, dass Standards festgelegt werden und man Planungssicherheit hat.“

Neben Lehrkräften und Sonderpädagogen kommen auch Lernbegleiter für die autistischen Kinder an die Schule. Diese haben keinen Anspruch auf zusätzliche sonderpädagogische Stunden. Schlageter ist dankbar für das Engagement der eingesetzten Personen. Sie haben in der Regel wenig Erfahrung mit dem System Schule, werden dort allerdings mit Situationen konfrontiert, in denen pädagogisch gehandelt werden muss. Um die Begleiter nicht zu überfordern und dem pädagogischen Auftrag für die autistischen Kinder gerecht werden zu können, ist aus seiner Sicht jedoch eine Professionalisierung der Begleiter dringend erforderlich. Auch die praktizierte zeitliche Begrenzung der Lernbegleitung durch die Behörden hält er für inakzeptabel: „Es ist nicht nachvollziehbar, dass davon ausgegangen wird, dass die Schüler nach zwei Jahren ihren Autismus verloren haben. Das ist ein Unding. Das ist absolut unverantwortlich. Damit macht man dem Kind letztendlich keinen Gefallen.“

Fazit

Für die erfolgreiche Etablierung der Gemeinschaftsschule Schliengen kamen mehrere Umstände glücklich zusammen. Der Handlungsdruck

für Veränderungen durch die Gefährdung des Schulstandortes aufgrund sinkender Schülerzahlen und nunmehr freie Raumkapazitäten eröffneten Möglichkeiten, Schule neu zu denken. Ein Team innerhalb des Lehrerkollegiums entwickelte dafür ein Konzept mit neuen Lernformen. Bei diesem Prozess wurde die Gemeinde als Schulträger gleich zu Beginn mit ins Boot geholt. Der Bürgermeister und der Gemeinderat stellten sich vorbehaltlos hinter die damit verbundenen Umbaumaßnahmen. Hilfreich war zudem die Unterstützung durch das Staatliche Schulamt.

Die neuen Facetten der Schule wurden schrittweise eingeführt. Durch die gesetzlichen Rahmenbedingungen des Landes konnte mit dem Schuljahr 2012/13 die Hebelschule schließlich als Gemeinschaftsschule starten. Seither erfährt sie eine breite Akzeptanz, wie sich in der Verdopplung der Schülerzahlen seit 2008 zeigt. Nach drei arbeitsreichen Jahren mit der neuen Schulform kann Rektor Andreas Schlageter auf viele Erfahrungen bauen und blickt optimistisch in die Zukunft. Um die erfolgreiche Arbeit sinnvoll fortsetzen zu können, müssen aus seiner Sicht jedoch die sonderpädagogischen Ressourcen fast verdoppelt werden, um den Kindern mit Behinderung im Schulalltag gerecht zu werden. Die Frage der Ressourcen betrifft das gesamte Kollegium. Ausfälle durch Krankheit, Schwangerschaft oder Elternzeit können derzeit kaum kompensiert werden. Darüber

hinaus sieht er die Professionalisierung und bessere Einplanbarkeit der Schulbegleiter als dringendes Handlungsfeld an. Hier sind das Staatliche Schulamt und der Landkreis Lörrach als verantwortliche Behörden gefordert, adäquate Antworten zu finden, damit die Begleiter gut qualifiziert und in ausreichender Anzahl zur Verfügung stehen. Außerdem muss sichergestellt werden, dass sich eine zeitliche Bewilligung der Schulbegleitung ausschließlich am individuellen Bedarf der Kinder orientiert. Dadurch gäbe es für Schulen und Eltern mehr Planungssicherheit für den Schulbesuch autistischer Kinder. Ähnliche Probleme bei der Schulbegleitung betreffen an anderen Schulen auch körper- und geistig behinderte Kinder und beispielsweise solche mit ADHS/ADS.

In Schliengen zogen unterschiedliche Akteure vorbildlich an einem Strang und brachten damit eine inklusive Schule gut auf den Weg. Nun sind Landes- und Landkreisebene gefragt, dieses erfolgreiche Modell mit entsprechenden Ressourcen abzusichern. Sollte dies gelingen, sieht sich der Rektor in einigen Jahren in einer „hoffentlich gut funktionierenden Gemeinschaftsschule mit inklusiven Kindern, die sich wohlfühlen, mit zufriedenen Eltern und einem Lehrerkollegium, das mit einem reduzierten Arbeitspensum gesund durch den Schulalltag kommt.“

An der Gemeinschaftsschule Schliengen werden

(noch) keine Kinder mit geistiger und körperlicher Behinderung unterrichtet. Speziell für Kinder mit schweren Behinderungen ist es im Landkreis Lörrach – trotz rechtlichen Anspruchs – immer noch ausgesprochen schwierig, einen wohnortnahen und qualitativ guten Regelschulplatz zu bekommen. Hier steht der Inklusionsprozess erst am Anfang und noch vor großen Herausforderungen.

Sich beteiligen. Auf Augenhöhe! (Kapitel 4)

„Was man in Zukunft versuchen muss, ist den einen Mut machen: 'Du kannst da auch mitmachen, da auch hingehen und Du bist genauso viel Wert'. Und den anderen ein gewisses Verantwortungsgefühl beibringen.“

Ursula Vollmer

Die Stadt Lörrach schafft mit der Einrichtung des Behindertenbeirats eine feste Institution für Mitsprache.

Die Aktivitäten des 2007 ins Leben gerufenen Behindertenbeirates Lörrach sind thematisch breit gefächert: Sie reichen von Infoständen in der Lörracher Innenstadt, die eigene Arbeit vorstellen über Rundgänge mit Lokalpolitikern, mit denen auf diverse Stolperfallen hingewiesen wird bis zum „Kino für alle“. Darüber hinaus veröffentlicht er einen Stadtplan mit rollstuhlgerechten Geschäften, der auch Tipps für blinde und sehbehinderte Menschen enthält und drängt fachlich kompetent und freundlich, aber mit Nachdruck, auf den Bau von Rampen, sich automatisch öffnende Türen und Behindertenparkplätzen. Ein Engagement, das für die Mitglieder des Behindertenbeirates oft herausfordernd, aber auch eine Bereicherung ist, weil

es vielen nützt – nicht nur Menschen mit Behinderung, sondern auch dem Rest der Lörracher Bevölkerung wie auch den Besuchern der Lerchenstadt.

Hinsichtlich seiner Struktur und der engen Anbindung an die Stadt mit eigener Geschäftsstelle ist der Behindertenbeirat etwas Besonderes, nicht nur im Landkreis Lörrach. Sein erfolgreiches Wirken gründet dabei auf mehreren Pfeilern: Ausgangspunkt war die Beteiligung von Menschen mit Behinderung beim im Jahr 2000 herausgegebenen Leitbild der Stadt Lörrach. Im Zuge dessen lotete Thomas Wipf, damaliger Leiter des städtischen Fachbereichs Jugend/Schule/Sport, aus, inwiefern sich Verwaltung, Verbände und Initiativen von Menschen mit Behinderung auf den Weg einer gemeinsamen „Behindertenpolitik“ begeben könnten.

Im anschließenden Entstehungsprozess sah sich Wipf als eine Art Moderator, dessen Aufgabe es war, Gruppen zusammen zu bringen, die Sicht der Verwaltung mit einfließen zu lassen und die vielfältigen Ideen und Wünsche zu kanalisieren. Daraus entwickelte sich die Gruppe „Lörrach für alle“ unter Federführung von leben + wohnen, einer gemeinnützigen Gesellschaft, die sich als Dienstleister für Menschen mit körperlicher oder Mehrfach-Behinderung und deren Angehörige versteht.

Aus dem Selbstverständnis heraus, verschiedensten Anregungen der Bürger stets mit Wohlwollen zu

begegnen, auch jenen von „Querdenkern“, stand die Verwaltung der aus der Gruppe „Lörrach für alle“ entwickelten Idee eines Behindertenbeirates positiv gegenüber, denn: „Wir haben immer gesagt, wenn wir einen Behindertenbeirat machen, dann können wir den nicht von oben installieren, sondern der muss von unten wachsen und gewollt sein. Und wenn es da genug Leute gibt, die sich engagieren, dann sind wir dabei“, erinnert sich Thomas Wipf an die Gründungsphase des Gremiums, die von Oberbürgermeisterin Gudrun Heute-Bluhm unterstützt wurde. Kritische Stimmen gegen die Gründung gab es keine, zumindest keine offen artikulierten. Die Einrichtung eines Behindertenbeirates mit Geschäftsordnung im Jahr 2007 vollzog der Gemeinderat dann auch mit breitem Konsens. Maßgeblich an der Beschlussvorlage mitgearbeitet hatte Ilona Oswald, damalige Leiterin des Fachbereichs Bürgerdienste. Verwaltungsintern wurde das Thema Behindertenpolitik vom Fachbereich Jugend/Schule/Sport auf den Bereich Bürgerdienste übertragen.

Struktur und Aufgaben des Behindertenbeirates werden in der Geschäftsordnung in mehreren Paragraphen detailliert formuliert. Ein Kernpunkt ist die Beteiligung von Menschen mit unterschiedlichster Behinderung (hör- und sehbehinderte Personen, geistig und körperlich behinderte Menschen) und ihren Angehörigen. Jeweils eine Vertreterin oder ein Vertreter der Gemeinderatsfraktionen und ein

Mitarbeiter der Stadtverwaltung gehören dem Beirat als Berater ohne Stimme an. Die in der Geschäftsordnung formulierten Aufgaben des Behindertenbeirates umfassen vielfältigste Handlungsfelder, einige davon sind: allgemein zu den Anliegen von Menschen mit Behinderung beraten; sich für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung in der Gesellschaft einsetzen, verstärkt auch unter dem Blickwinkel der Inklusion; als Interessenvertreter der Betroffenen gegenüber Institutionen und der Öffentlichkeit agieren; die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen hinsichtlich Schule und Beruf in Projekten sichtbar machen; mit Trägern der Behindertenhilfe Konzepte entwickeln.

Budget eröffnet Spielräume

Ein wesentlicher Punkt der Geschäftsordnung bezieht sich auf die Aufgaben der Geschäftsstelle, die im Rathaus in Lörrach angesiedelt ist und von Jan Wenner, Koordinator des Bürgerbüros, geleitet wird. Er erledigt für den Behindertenbeirat den Schriftverkehr, verfasst die Protokolle der Sitzungen, kommuniziert wechselseitig zwischen Beirat und Fachbereichsleitungen und unterstützt bei der Öffentlichkeitsarbeit.

Die Einrichtung der Geschäftsstelle und vor allen Dingen deren Leitung durch Jan Wenner sind für Dirk Furtwängler, den Vorsitzenden des Beirates, ein Glücksfall. „Die Geschäftsstelle ist ja eigentlich als

Mittler gedacht gewesen, oder ist es ja immer noch, zwischen uns und der Verwaltung. Aber sie ist für mich auch eine wunderbare Assistenz“, erklärt er.

In Wenners Aufgabengebiet liegt auch die Verwaltung des Budgets, welches dem Behindertenbeirat jährlich zur Verfügung steht und ihm ein Stück weit Handlungsfreiheit gibt. Furtwängler bringt es mit deutlichen Worten auf den Punkt: „Ein Behindertenbeirat ohne Budget ist kein Behindertenbeirat. Ein Budget ist einfach wichtig, da man sich damit ein Gesicht geben kann. Man ist jetzt nicht einfach nur da und guckt sich Baupläne an und bringt seine Ideen ein, was Bauvorhaben angeht, sondern man kann auch wirklich etwas bewegen.“

Dirk Furtwängler ist seit 2007 Vorsitzender des Behindertenbeirates, in dessen Gründungsphase war er selber bereits mit involviert. „Ich habe gleich meine Wünsche mit eingebracht, und dann war im Beirat schnell klar, dass ich dabei sein soll.“ Furtwängler, selbst blind, drängte nicht unbedingt in das Amt des Vorsitzenden, weder bei der Gründung 2007 noch bei den Neuwahlen 2012. Mit seinen Fragestellungen und Ideen vertrat er jedoch von Beginn an engagiert und glaubwürdig die Belange von Menschen mit Behinderungen, in enger Zusammenarbeit mit den anderen Mitgliedern des Beirates, die aus ihrer jeweiligen Sicht als Rollstuhlfahrer, Gehbehinderte oder Angehörige wichtige Bedürfnisse in das Gremium einbringen.

Eine wichtige Rolle im Behindertenbeirat spielen die Vertreter der im Gemeinderat sitzenden Parteien. Sie erhalten wichtige Einblicke in die Belange von Menschen mit Behinderung und können diese in den Gemeinderat transportieren. Von 2007 bis 2014 saß Ursula Vollmer als Vertreterin der CDU im Vorstand des Beirats. Weil sie, so ihre Selbsteinschätzung, die Begabung habe, sich bei anderen für andere einzusetzen; Thomas Wipf bezeichnet sie als das „soziale Gewissen“ des Gemeinderates, weil sie mit Hartnäckigkeit, manchmal zum Leidwesen anderer, die sozialen Belange – nicht nur von Menschen mit Behinderung – konsequent eingebracht hat.

Vollmer selbst hat keinen Widerstand bei Gemeinderäten gespürt, auch wenn sie zugibt, dass beim Thema Barrierefreiheit im Stadtbild die Frage der Finanzierung schnell auf die Tagesordnung kam. Dennoch wurden in den letzten Jahren viele bauliche Maßnahmen zum Abbau von Barrieren im Lörracher Stadtbild umgesetzt, eine Folge der guten Zusammenarbeit mit dem Fachbereich „Straßen, Verkehr, Sicherheit“, so Furtwängler. „Wir spüren, da werden all unsere Wünsche an die Mitarbeiter weitergegeben. Da werden die Planungen jetzt wirklich alle entsprechend DIN-Norm ausgeschrieben. Wenn es neue Ampeln gibt, dann ist klar, es ist eine Blindenampel. Wenn ein neuer Fußgängerstreifen angelegt wird oder wenn sonst etwas gebaut wird, dann ist klar, das wird abgesenkt und bei Zebrastreifen kommen entsprechende

Orientierungshilfen hin.“

Furtwängler bemängelt jedoch, dass die Kommunikation mit anderen Fachbereichen verbesserungswürdig sei. Der Behindertenbeirat werde bei aktuellen Bauvorhaben nicht immer rechtzeitig hinzugezogen und nicht ausreichend darüber informiert, ob seine Vorschläge innerhalb der Verwaltung bearbeitet und umgesetzt werden. Hier wünscht sich Furtwängler eine stärkere Unterstützung durch die Verwaltungsspitze und die Bekräftigung, ein „gewolltes Gremium“ zu sein, wie es unter der ehemaligen Bürgermeisterin Marion Dammann zu spüren gewesen sei. „Da gab es mal den Satz: 'Wenn der Behindertenbeirat etwas anregt oder etwas wünscht, dann muss das geprüft werden und ich will wissen, warum das nicht geht.' Und diese Aussage würde ich jetzt gerne mal wieder hören.“

Alle können profitieren

Der „Wert“ eines Behindertenbeirates, seine Präsenz und sein Wirken sind, so sieht es Thomas Wipf, auch für die Allgemeinheit von großer Bedeutung. Er verweist dabei auf eigene Erfahrungen: Vor seiner Rolle als Moderator des Entstehungsprozesses hatte er selber keinen Bezug zum Thema. Insofern hatte er wie jeder „normale Bürger“, der nicht über die Verwandtschaft oder den Arbeitsplatz einen Bezug zu Behinderten hat, im Alltag kaum mit Menschen mit Behinderungen zu tun. Erst seine Arbeit für den

Behindertenbeirat änderte das: „Es öffnet einem die Augen und das Denken und das Fühlen – auch für uns normale Bürger. Und das, finde ich, ist der Wert des Ganzen“, fasst Wipf zusammen.

Furtwängler hat - nach seiner Meinung über die Bedeutung des Behindertenbeirates gefragt - zum einen die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte im Blick, die zum Beispiel durch die Stadtrundgänge mit dem Behindertenbeirat mittels Dunkelbrille und Fahrten im Rollstuhl eine andere Perspektive kennenlernen und „so was wie soziale Empathie lernen können“. Zum anderen verweist er auf die vielen Kleinigkeiten, von denen auch die Allgemeinheit profitiert, wie zum Beispiel sich automatisch öffnende Türen, Rampen oder ebenerdige Zugänge zu Geschäften, über die sich auch Eltern mit Kinderwagen oder ältere Menschen mit Rollator freuen können.

Der Behindertenbeirat möchte weiterhin seine Rolle und seine Aufgaben in der bisherigen Fülle und Intensität wahrnehmen, sieht sich jedoch nach Ansicht von Dirk Furtwängler wachsenden Ansprüchen gegenüber. Er zweifelt daran, dass sich der Beirat noch stärker als bisher einbringen kann. Bezogen auf die kommenden neuen Beiratswahlen zum Jahr 2017 artikuliert er die Befürchtung, dass es wie im Vorfeld der Wahlen 2012 nicht leicht sein wird, genügend Kandidaten zu finden: „Das war damals schon ein mittelschwerer Krampf.“

Fazit

Die wesentlichen Grundlagen für die erfolgreiche Arbeit des Behindertenbeirates wurden bereits im Vorfeld von dessen Gründung gelegt: Als Initiative von unten durch das Engagement von Menschen mit Behinderung selbst in Form von Selbsthilfegruppen und Einzelpersonen. Parallel dazu fand als Initiative von oben eine aktive Unterstützung durch die Kommune statt. Dafür wurde engagierten Verwaltungsmitarbeitern eine entscheidende Rolle in diesem Prozess übertragen. Durch die im Rathaus angesiedelte Geschäftsstelle, die vom Koordinator des Bürgerbüros geleitet wird, erhält der Beirat wichtige personelle und anderweitige Unterstützung. Gleichzeitig gibt ihm ein eigenes Budget die notwendige Unabhängigkeit und versetzt ihn in die Lage, eigenständig handeln und entscheiden zu können.

Die Geschichte des Entstehungsprozesses zeigt deutlich, dass es den Beirat nur gibt, weil die Kommune ein offenes Ohr für wichtige, aus der Bürgerschaft angeregte Themen hatte. Darüber hinaus bot sie die Möglichkeit, ganz unterschiedliche Menschen an einen Tisch zu bringen, trotz aller Anstrengungen, die damit verbunden sein können, etwa weil einige Beteiligte womöglich nicht mit Abläufen und Gepflogenheiten der Verwaltungsarbeit vertraut sind. Hierfür stellte die Stadt Mitarbeiter mit sehr guten Kommunikationsfähigkeiten ab, die als

„Ermöglicher“ zum guten Gelingen beitragen.

Für Dirk Furtwängler ist die Zusammenarbeit mit der Kommune vor Ort Basis eines erfolgreichen Wirkens eines Behindertenbeirates. Er findet Empfehlungen für andere Gemeinden bei der Einrichtung von Beiräten schwierig, plädiert aber dafür, dass sich Vertreter von Selbsthilfegruppen an einen Tisch setzen, um anschließend gemeinsam den Willen der Kommune für Beteiligungsstrukturen auszuloten. Ihr fällt eine wichtige Rolle beim Aufbau einer arbeitsfähigen Struktur zu: „Es kommt schlussendlich auf die Kommune an. Eine 10.000-Einwohner-Stadt wird die Leute (gemeint sind: genügend engagierte Menschen mit möglichst unterschiedlichen Behinderungen, Anmerkung der Autoren) schwer finden.“ Und: „Das Wichtigste ist der Wille der Verwaltung. Wenn eine Verwaltung in der Lage ist, die richtigen Leute einzubeziehen, ist es auch (gemeint ist: ohne Behindertenbeirat, Anmerkung der Autoren) in Ordnung.“

Die Arbeit des Behindertenbeirates wird vor allem von Menschen mit einer Behinderung geprägt: Sie selbst wissen am Besten, was sie benötigen und ihnen den Alltag erleichtert. Zentral ist, dass sie diese Themen auf Augenhöhe in die kommunale Politik einbringen können. Ihr ehrenamtliches Engagement kommt dann allen Menschen in der Kommune zugute. Neben den vielen baulichen Verbesserungen schärft ihre Mitwirkung den Blick der Nicht-Behinderten für

verschiedenste Facetten des Themas, zum Beispiel auch für mögliche eigene gesundheitliche Beeinträchtigungen im Alter. Die Mitglieder des Beirates bringen viel Zeit und Kraft ein, obwohl sie davon mehr als andere für die Bewältigung ihres Alltag benötigen, sei es für den Arbeitsweg, für Einkäufe und Behördengänge. Dass diese Art der Bewusstseins-Förderung wohl auch in Zukunft noch lange benötigt wird, bringt die ehemalige CDU-Gemeinderätin Ursula Vollmer mit folgendem Satz provokant auf den Punkt: „Wir haben auch in Lörrach so eine Schicki-Micki-Gesellschaft, die sich nicht interessiert für diese Belange. Erst wenn sie mal älter ist, dann vielleicht.“

Kommunizieren. Besser miteinander! (Kapitel 5)

„Der Austausch zwischen Betroffenen und Profis ist wichtig, damit es nicht nur um Theorie und Fachleute geht.“

Heika Dörflinger

Beim „Forum Beuggen“ und im Fachkreis Behindertenhilfe arbeiten Verwaltung, Träger und Menschen mit Behinderung gemeinsam an inklusiven Themen.

Im Landkreis Lörrach gibt es viele Einrichtungen mit Angeboten für Menschen mit Behinderung. Seit über 20 Jahren arbeiten sie zusammen mit dem Landratsamt intensiv daran, ihr Handeln stärker an den Bedürfnissen Betroffener auszurichten. Dafür braucht es einen Austausch mit Menschen mit Behinderung. Mit dem „Forum Beuggen“ und dem „Fachkreis Behindertenhilfe“ mit seinen angeschlossenen Fachgruppen wurden zwei unterschiedliche Kommunikationsstrukturen ins Leben gerufen, in denen Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen sowie Träger und Finanzierer von Angeboten und politisch Verantwortliche des Landkreises gemeinsam Ideen entwickeln und Verbesserungen ausloten.

Das „Forum Beuggen“

Die Tagungen des „Forum Beuggen“ sind inzwischen gute Tradition: 2015 fanden sie bereits zum 20. Mal statt. Einmal jährlich laden Träger von Behindertenhilfe, Förderschulen und das Landratsamt Lörrach in das idyllisch am Rhein gelegene Schloss Beuggen in Rheinfelden ein. Begonnen hat alles im April 1993 mit einem Vortragsabend zum Thema „Geistige Behinderung und Sexualität“, organisiert von Vertretern des Gesundheitsamtes Lörrach, der Helen-Keller-Schule Maulburg (eine Schule für körper- und geistig behinderte Kinder), der Lebenshilfe Lörrach sowie der katholischen und evangelischen Erwachsenenbildung. An dem Abend war schnell klar, dass das Thema „geistige Behinderung und Sexualität“ nach einer intensiveren und differenzierteren Betrachtungs- und Sichtweise verlangt. Deswegen griff das erste „Forum Beuggen“ im Herbst 1993 das Thema erneut auf. Da bis heute die evangelische Erwachsenenbildung Mitveranstalter ist, fiel die Wahl des Tagungsortes auf die evangelische Tagungsstätte Schloss Beuggen.

Die Diskussionen auf dieser ersten Tagung stießen eine Debatte darüber an, wie selbstbestimmt Menschen mit Behinderung ihr Leben führen können. Daraus entwickelte sich das Thema des zweiten „Forum Beuggen“ im Herbst 1994: „Ich bin auch wer! - Selbstbestimmtes Leben und Wohnen behinderter Menschen“. Damals stieß auch das St. Josefshaus

Herten zum Team der Veranstalter. In den Folgejahren standen Themen wie Freizeit, Arbeitsleben, Inklusion und Sexualität und Partnerschaft auf der Agenda, im Jahr 2015 die Situation behinderter Senioren.

Das „Forum Beuggen“ versteht sich als eine Plattform, in der Betroffene und Angehörige sowie Vertreter der im Landkreis ansässigen Träger und des Landratsamtes gemeinsam daran arbeiten, die Strukturen für ein selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderung im Landkreis zu verbessern. Dabei stehen lebensnahe Themen von behinderten Menschen im Mittelpunkt. Als Träger der Behindertenhilfe sind unter anderen folgende Einrichtungen beteiligt: Haus Engels in Bad Bellingen, St. Josefshaus Herten, leben + wohnen Lörrach, Lebenshilfe Lörrach und die Werksiedlung St. Christoph in Kandern.

Der „Wert“ der Tagung - so das Ergebnis der schriftlichen Umfrage des Netzwerk Inklusion im Sommer 2015 unter ausgewählten Teilnehmern - wird von unterschiedlichsten Seiten sehr positiv beurteilt. Für Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen, weil dort neue Ideen entwickelt werden, es nicht nur um „Theorie und Fachleute“ geht und sie eigenständig über alternative Modelle der Lebensgestaltung diskutieren können. Ein Vertreter des Landratsamtes Lörrach lobt die breite Beteiligungskultur, eine Vertreterin der Behindertenhilfe die über Jahre erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen den Trägern.

„Die Vertreter der Kostenträger erlebten ein vertrauensvolles Klima, in dem sowohl Neues gedacht als auch umgesetzt werden kann“, heißt es aus Sicht eines weiteren Trägers.

Im „Forum Beuggen“ hat sich, so die Umfrage, im Lauf der Jahre die Wahrnehmung der Menschen mit Behinderung wesentlich verändert. Kamen in den Anfangsjahren in erster Linie Fachleute und Angehörige zu Wort, setzte sich allmählich die Erkenntnis durch, dass nur die Betroffenen selbst authentisch über ihren Alltag berichten und überzeugend ihre Bedürfnisse formulieren können: Sie wurden zunehmend „Experten“ in eigener Sache. „Dabei ist vor allem der Austausch der Menschen mit Behinderung untereinander wichtig. Es ist im wahrsten Wortsinn eine Möglichkeit, Meinungen auszutauschen, noch bevor die Kostenträgerbrille aufgesetzt werden muss“, formuliert es eine Vertreterin des Landratsamtes.

Das „Forum Beuggen“ schaffte über die Jahre gegenseitiges Vertrauen und verhalf zu gemeinsamen Erkenntnisprozessen, die bis heute Impulse zur konkreten Verbesserung der Strukturen für Menschen mit Behinderung entfalten: Beispielsweise ambulant betreute Wohngruppen, die Einrichtung von Außenarbeitsplätzen, einen jährlich stattfindenden Begegnungstag im SAK in Lörrach, an dem sich Menschen mit und ohne Behinderung zwanglos treffen und gemeinsam aktiv werden, zudem

trägerübergreifende Seminare und intensivere Kontakte zu den Kreiskliniken, um den Krankenhausaufenthalt von Menschen mit Behinderung besser zu begleiten.

Diese Erfolge sind nach Ansicht der Befragten Ansporn dazu, das „Forum Beuggen“ fortzuführen. Sie problematisieren allerdings auch die damit verbundene Frage nach den Ressourcen derjenigen, die die aufwendige Organisation des Fachtages übernehmen.

Der „Fachkreis Behindertenhilfe“

Auf Initiative der Lebenshilfe Lörrach gründet sich 1996 der „Arbeitskreis Behindertenhilfe“. In ihm kommen die über den Landkreis verteilten Einrichtungen für Menschen mit Behinderung zusammen. Ziel ist es dabei, sich gegenseitig auszutauschen, über gemeinsame Fragestellungen zu diskutieren und als eine Interessenvertretung gegenüber dem Landkreis zu agieren. Der Arbeitskreis gibt gemeinsam mit dem Landkreis einen „Wegweiser für Menschen mit Behinderung“ heraus. Das Landratsamt war von Beginn in den Austausch eingebunden, wurde mit der Zeit allerdings aktiver und durch einen Beschluss auch offiziell erwünschter Partner.

Parallel dazu beauftragt der Sozialausschuss des Kreistages die Verwaltung, weiter konzeptionell an der

Sozialplanung und der Vernetzung der Behindertenhilfe zu arbeiten. Das erarbeitete Konzept wird 2002 vom Kreistag verabschiedet. Aus dem „Arbeitskreis Behindertenhilfe“ wird so der „Fachkreis Behindertenhilfe“. Dessen Handlungsfelder werden erweitert: Er kann nun auch einige Richtlinien mit verfassen und ist in die Sozialplanung eingebunden. Auf der Agenda stehen ein Fahrdienst für behinderte Menschen und das Erstellen einer Übersicht, wie hoch der Bedarf an Wohnmöglichkeiten für körperbehinderte Menschen ist.

Der Arbeitsauftrag des Fachkreises wird im Jahr 2004 in einer Geschäftsordnung dokumentiert. Bedingt durch die Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände, die bisher die Sozial- und Behindertenhilfe verantwortet haben, wird diese Aufgabe von nun an hauptsächlich an die Stadt- und Landkreise delegiert. Der Landkreis ist jetzt zuständig für die Eingliederungshilfe und damit gleichzeitig Kostenträger und Ansprechpartner für diejenigen, die Leistungen für Menschen mit Behinderungen erbringen. Die Geschäftsordnung, die im Juni 2005 vom Kreistag verabschiedet und 2008 überarbeitet wird, definiert den „Fachkreis Behindertenhilfe“ als „Zusammenschluss aller Leistungserbringer, Interessengruppen und Selbsthilfevereinigungen im Landkreis Lörrach“. Zudem sind die Behindertenbeiräte der Gemeinden und ein Vertreter der jeweiligen Partei im Kreistag Mitglied des Fachkreises. Sinn und Zweck des Gremiums ist es,

den „Erfordernissen enger Kooperation, Informationsgewinnung, Bedarfsplanung im Rahmen der Sozialplanung und dem bedarfsgerechten Ausbau des Versorgungssystems für Menschen mit Behinderungen gerecht zu werden.“ Weiter heißt es in der Geschäftsordnung: “Der Landkreis bezieht den Fachkreis in Fragen der Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen verbindlich als Fachinstanz in die Entscheidungsprozesse mit ein. Das fachliche Votum des Fachkreises soll vor Entscheidungen der Kreisgremien eingeholt werden.“

Die Aufgaben des Fachkreises sind komplex: Es geht darum Informationen auszutauschen und Hilfen für Menschen mit Behinderungen zu sichern, zu vernetzen und weiter zu entwickeln. Auch geplante Veränderungen im Angebot einzelner Einrichtungen sollen untereinander abgestimmt werden, damit beispielsweise keine Doppelstrukturen entstehen. Die inhaltliche Arbeit wird heute an vier thematisch unterteilte Fachgruppen delegiert. Diese sind: „Frühförderung, Kindergärten und Schulen“, „Wohnen“, „Arbeit und Tagesstruktur“ und „Offene Hilfen/Freizeit“. In den einzelnen Fachgruppen können die jeweiligen Themen detaillierter diskutiert und mit den Bedürfnissen der Menschen mit Behinderung abgeglichen werden. In einem offenen Dialog können Träger, Initiativen, Vertreter des Kreises und Betroffene für aktuelle und zukünftige Probleme Lösungsvorschläge entwickeln und diese in den Fachkreis einbringen. Dort werden eher

grundsätzliche Standards von Leistungen abgestimmt und er hilft Kreisgremien dabei, Entscheidungsvorlagen fachlich fundiert zu bewerten.

Ein wesentlicher Wert besteht darin, dass sich im Fachkreis Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen mit ihren Bedürfnissen selber Gehör verschaffen können. Das ist vom Konzept her gewollt, damit nicht, wie so häufig, nur über Menschen mit Behinderung, sondern auch mit ihnen gesprochen wird. Dennoch bemängelt eine Angehörige in der Umfrage, dass sie sich „als Laie nicht in die Diskussionen über Fachliches einklinken konnte und deshalb oft eher als 'Accessoire' denn als Akteurin gefühlt habe“. In die Richtung geht auch die Einschätzung des Vertreters eines Trägers, der ebenfalls die Gefahr sieht, dass die Diskussionen zu detailliert und fachlich geführt werden: „Es wäre wichtig, Themen gerade auch für die politisch verantwortlichen Teilnehmer verständlicher auf- und vorzubereiten.“

Ein Vertreter einer Einrichtung wünscht sich darüber hinaus, dass der Fachkreis mehr nach außen hin wirken soll, damit die Themen in der Öffentlichkeit bekannter werden. Ein anderer merkt an, dass die Rollen und Verantwortlichkeiten im Gremium nicht abschließend geklärt sind: „Die Vorgaben der Geschäftsordnung sind immer wieder Diskussionsstoff in den Sitzungen“. Diese Sicht wird von einer Vertreterin des Landratsamtes nicht geteilt. Für sie ist

die Rollenklärung abgeschlossen, denn „nach verschiedenen Lernprozessen ist die Aufgabenstellung deutlich geklärt“.

Der Fachkreis mit seinen Fachgruppen wird von allen befragten Personen insgesamt als wichtige und im Vergleich zu anderen Kreisen außergewöhnlich gute Kommunikationsstruktur geschätzt. Es ist ein Ort, bei dem trotz Konkurrenz der Träger untereinander kooperiert wird, um im Idealfall eine „gemeinsam getragene Strategie“ zu entwickeln und „fachlich und verbindlich Hilfen für Menschen mit Behinderung im Landkreis“ zu entwerfen, so zwei Statements zum Wert des Fachkreises. Eine Landkreisvertreterin betont die Bedeutung transparenter Förderkriterien, sodass „Alleingänge von Leistungserbringern vermieden werden“. Solche offenen Finanzierungsregeln sollen einer Bevorzugung oder Benachteiligung einzelner Träger vorbeugen.

Fazit

Im heutigen „Forum Beuggen“ und in der Arbeit des Fachkreis Behindertenhilfe zeigen sich die Früchte lange gewachsener Kommunikations- und Kooperationsprozesse. Bei den Vorbereitungen zum „Forum Beuggen“ wurde schon früh trägerübergreifende Zusammenarbeit eingeübt, der Landkreis und Kreispolitiker waren von Beginn an eingeladen. Mit dem Fachknowhow und dem Einbezug insbesondere von Menschen mit

Behinderung wurde eine Tagung etabliert, die nah dran ist an den Themen der Menschen, um deren Wohl es schlussendlich geht. Dies macht deren großen Wert aus.

Damit war auch der Grundstein für einen weiteren Annäherungs- und Vernetzungsprozess gelegt: Mit dem Fachkreis Behindertenhilfe und seinen angeschlossenen Fachgruppen wurde eine gemeinsame Kommunikations- und Arbeitsebene institutionalisiert, die die fachliche Entwicklung von Hilfen für Menschen mit Behinderung im Landkreis voranbringen soll. Hierbei arbeiten die unterschiedlichen Einrichtungen trotz Konkurrenzsituation gemeinsam mit dem Landkreis, der die Angebote der Einrichtungen finanziert, zusammen. Auch werden Menschen mit Behinderung in den Gremien mit einbezogen. Allerdings stellt sich die Frage, wie Menschen mit einer Behinderung und deren Angehörige verstärkt motiviert werden können, im Fachkreis und den einzelnen Fachgruppen mitzuarbeiten. Schwierig für Berufstätige ist, dass die Sitzungen am Morgen stattfinden, andere kritisieren, dass die Diskussionen zu fachspezifisch geführt werden. Wünschenswert ist zudem eine breite Beteiligung von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen, da ein sehbehinderter Mensch nicht die Anliegen eines geistig behinderten Menschen vertreten kann.

Das „Forum Beugen“ und der Fachkreis mit seinen

Fachgruppen sind insgesamt Beispiele für eine gelungene Kommunikationsstruktur- und kultur im Landkreis Lörrach. Sie haben einen außerordentlich hohen und über die Jahre stets gewachsenen Wert, die für die Zukunft erhalten und sinnvoll weiterentwickelt werden sollte.

Denken. Bewusstsein fördern! (Kapitel 6)

Das Netzwerk Inklusion im Landkreis Lörrach sensibilisiert für Potentiale der Inklusion.

Das Netzwerk Inklusion im Landkreis Lörrach wurde im Jahr 2013 auf Initiative der Lebenshilfe Lörrach gegründet. Neben der Lebenshilfe beteiligten sich der Behindertenbeirat der Stadt Lörrach, die Dieter Kaltenbach-Stiftung, der Landkreis Lörrach, leben+wohnen, die Pestalozzi-Schule Lörrach, das St. Josefshaus Herten sowie die Stadt Lörrach. Die Schirmherrschaft übernahm Landrätin Marion Dammann. Finanziert wurde das auf drei Jahre befristete Modellprojekt hauptsächlich von der Aktion Mensch und dem Fritz-Berger-Fonds. Für die Arbeit des Netzwerk Inklusion wurde ein Büro im Rathaus Lörrach eingerichtet und zwei Mitarbeitende, eine Redakteurin und ein Soziologe, Marie-José Rosenwald und Bernd Winter, mit zusammen 120 Stellenprozent eingestellt.

Das Netzwerk Inklusion ist keine weitere Einrichtung der Behindertenhilfe, sondern soll nach außen in Richtung „normale“ Bevölkerung wirken. Dass diese Ausrichtung wichtig und notwendig ist, unterstreichen die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage von 2014 zur „Gesellschaftlichen Teilhabesituation von

Menschen mit Behinderung“: So haben lediglich 22% der Bevölkerung von der UN-Behindertenrechtskonvention, einem Motor und Meilenstein für Inklusion, gehört. 2011 waren es sogar nur 14 Prozent. Zudem deutet die Umfrage daraufhin, dass das Bild von Menschen mit geistiger Behinderung in der Öffentlichkeit immer noch mit negativen Assoziationen belegt und überholt ist: Aus Sicht der Befragten sind Menschen mit geistiger Behinderung vor allem „hilfsbedürftig“ (88%). „Mitleid“ wird von 56% genannt und jede/r zweite denkt an Berührungängste. „Selbständig“ und „gut integriert“ bringen jeweils nur 18% der Befragten mit Menschen mit geistigen Behinderungen in Verbindung. Im Gegensatz zu diesen Assoziationen ist die Lebensrealität vieler Menschen mit geistiger Behinderung schon weiter.

Deswegen entschied sich das Netzwerk Inklusion für den Arbeitsschwerpunkt „Bewusstseinsbildung“. Konkret: Das Bekanntmachen der Inhalte der UN-Behindertenrechtskonvention und vor allem von bereits gelebter Inklusion vor Ort. Ziel war es, durch die Einblicke in die Lebenswelt von Menschen mit Behinderung Berührungängste abzubauen. Zudem sollten durch positive Beispiele Wege für ein Engagement und für unterschiedliche Möglichkeiten eines selbstbestimmten Lebens aufgezeigt werden. Die Botschaft: Inklusion beginnt nicht morgen, sondern ist teilweise schon heute gelebter Alltag! Die Arbeit des Netzwerk Inklusion in den letzten drei

Jahren wurde deshalb vor allem durch fünf Hauptaktivitäten bestimmt:

Website www.netzwerk-inklusion-loerrach.de

Um Zielgruppen wie die Öffentlichkeit, Menschen mit Behinderung, Politiker, Gemeinden und Praktiker in der Behindertenhilfe gezielt zu erreichen, wurde eine Website konzipiert und eingerichtet. Darauf finden sich Informationen über Inklusion und zu politisch relevanten Entscheidungen sowie weiterführende regionale und überregionale kommentierte Links. Zahlreiche Beiträge geben Einblicke in die Lebenswelt von Menschen mit Behinderung, bauen damit Berührungspunkte ab, machen Mut und zeigen gleichzeitig, dass Inklusion im gemeinsamen Alltag bereits oft ohne viel Aufhebens gelebt wird. Inklusion ist ein gesellschaftlicher Prozess, der sich in der Praxis vor Ort vollzieht. Dies bildet sich auch in der Presse ab. Die Presseschau ermöglicht einen Überblick und ist dadurch ein verschlagwortetes Archiv über lokale Inklusion während der Projektlaufzeit.

Medienkooperationen

Um das Bewusstsein und die Aufmerksamkeit für das Thema Inklusion in der Öffentlichkeit mit möglichst breiter Wirkung zu verstärken, wurden mit den beiden im Landkreis vertretenen Lokalzeitungen Medienkooperationen entwickelt. Alle hierbei entstandenen Artikel sind unter [Seite 65 von 78](http://www.netzwerk-</p></div><div data-bbox=)

inklusion-loerrach.de abrufbar.

Artikelserie „Jeder ist anders – Inklusion im Landkreis Lörrach“ in Badische Zeitung

Zwischen Juli und Dezember 2014 porträtierte die Badische Zeitung elf unterschiedliche Menschen, für die Inklusion bereits gelebter Alltag ist. Die Netzwerk-Mitarbeiter vermittelten der Zeitung die Kontakte zu den Menschen für die Portraits und stellten weiterführende Hintergrundinformationen für begleitende Infokästen bereit.

Artikelserie „Mitten im Leben“ in Die Oberbadische

Die Oberbadische beleuchtete das Thema Inklusion über einen längeren Zeitraum unter ganz unterschiedlichen Perspektiven. Die Serie umfasst vierzehn Artikel, mit denen gemeinsam mit dem Netzwerk Inklusion journalistisches Neuland betreten wurde, da hier vier Menschen mit Behinderung selber als freie Mitarbeiter aus ihrem Leben berichten. Die Redakteurin des Netzwerk Inklusion begleitete und unterstützte diese beim Verfassen der Artikel.

Artikelserie „Leichte Sprache“ in Die Oberbadische

Zwischen April und Mai 2014 wurden zudem vier Artikel zu „Leichter Sprache“ von der Redakteurin des Netzwerk Inklusion verfasst und in Die Oberbadische veröffentlicht. Menschen mit Lernschwierigkeiten oder

solche, die nicht gut deutsch können, verhilft Leichte Sprache zu einem selbstbestimmten Leben, wenn sie Briefe von Behörden, Beipackzettel und Fahrpläne selbst lesen können. Ihr Recht auf barrierefreie Informationen setzt sich erst langsam durch. Nicht nur bei den Behörden im Landkreis gibt es hinsichtlich Leichter Sprache noch großen Handlungsbedarf. Mit der Serie wurde für dieses Zukunftsthema sensibilisiert.

SPORT FÜR ALLE

Am 18. Oktober 2014 organisierte das Netzwerk Inklusion in der Sporthalle der Neumattschule in Lörrach die Veranstaltung SPORT FÜR ALLE. Zu der Veranstaltung wurden die 300 Sportvereine im Landkreis, weitere Sportbegeisterte und Vertreter der Kommunen eingeladen, rund 120 Menschen haben an ihr teilgenommen. Um die Veranstaltung auf die Beine zu stellen, zogen verschiedene Vereine, Institutionen und Einzelpersonen an einem Strang. Das Ziel, Impulse für mehr Inklusion im Sport an die Vereine zu senden, aber auch Berührungspunkte von Sportvereinen und sportlich Interessierten mit und ohne Behinderung zu schaffen, ist gut gelungen: Mehr als vier von fünf der befragten Besucher gaben in einer Rückmeldung an, von SPORT FÜR ALLE Anregungen mit nach Hause zu nehmen. Darüber hinaus sind regelmäßige Treffen der RCB-Tigers aus Basel (Rollstuhlbasketball) mit dem lokalen Basketballverein (CVJM Lörrach) entstanden.

Eine ausführliche Dokumentation in Wort und Bild - auch in einer barrierearmen Textversion – findet sich auf der Website, dazu auch ein Bericht in leichter Sprache und ein eigens produzierter kurzer Film, der zwei gelungene Sportbeispiele aus dem Landkreis in Szene setzt.

Sensibilisierung und Beratung von Kommunen

Die Netzwerk-Mitarbeiter führten mit nahezu allen Bürgermeister*innen (15 Gemeinden) im Landkreis Lörrach Gespräche zum Thema „Eine Gemeinde für alle“. Dabei wurde die jeweilige lokale Situation unter Inklusionsperspektive gemeinsam erörtert. Zudem überreichten die Netzwerk-Mitarbeiter Infomaterialien und unterbreiteten gezielte Unterstützungsangebote. Die Gemeinden wurden für kommunale Dimensionen und Handlungsfelder von Inklusion sensibilisiert und potentielle Anknüpfungspunkte für die Kooperationspartner des Netzwerkes identifiziert. Alle Gespräche wurden samt eines Gemeindeportraits in Bezug auf den Stand von Inklusion vor Ort in einer ausführlichen Publikation dokumentiert, die den Bürgermeister*innen und Kooperationspartnern des Netzwerk Inklusion überreicht wurde.

Publikationen: Analyse von ausgewählten Inklusionsprozessen

Ein weiteres Ergebnis der Arbeit des Netzwerk Inklusion ist dieser Bericht, der ausgewählte inklusive Prozesse im Landkreis Lörrach untersucht und

dokumentiert. Diese Publikation wird der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt, ist als „Vermächtnis“ des Netzwerk Inklusion auch über das Projektende erhältlich und soll damit zukünftige Inklusionsprozesse unterstützen. Eine weitere und detailliertere Version richtet sich an eine überregionale Fachöffentlichkeit und soll als Fachpublikation herausgegeben werden.

Zusammenfassung

Die Arbeit des Netzwerk Inklusion endet mit Projektschluss am 29. Februar 2016. Inhaltlich soll danach die hauptamtliche Kreisbehindertenbeauftragte an die Aktivitäten des Netzwerks anknüpfen. Die beiden Mitarbeiter des Netzwerks haben sich stets als trägerunabhängige Lobbyisten verstanden. Dank zahlreicher Gespräche und Recherchen im gelebten Inklusions-Alltag vor Ort konnten sie viele und oftmals neue Einblicke in das facettenreiche Thema erhalten. Mit seiner Arbeit hat das Netzwerk eine umfassende Bestandsaufnahme zum Stand der Inklusion im Landkreis Lörrach durchgeführt. Durch diese Dokumentation wie auch durch zahlreiche begleitende Maßnahmen, die in inklusive Aktivitäten im Landkreis eingebettet waren, konnten wichtige neue Prozesse für mehr Inklusion vor Ort angestoßen werden: Von der Sichtbarmachung von inklusiven Potentialen über das Anstoßen von Öffnungsprozessen in Sportvereinen bis hin zur Analyse bestehender Prozesse in den

Gemeinden und der Identifizierung möglicher neuer Handlungsfelder für Verwaltungen, Kommunen, Selbsthilfegruppen und Träger der Behindertenhilfe.

Zusammenfassung & Ausblick (Kapitel 7)

Die in dieser Publikation geschilderten Beispiele gelungener Inklusionsprozesse haben gezeigt, dass die Schaffung alltäglicher Begegnungsräume von Menschen mit und ohne Behinderung auf Augenhöhe erstens oft eines langen Vorlaufs bedürfen und zweitens Akteure benötigen, die bereit sind, gemeinsam Neues auszuprobieren.

Die Region Lörrach hat sich in diesen Bereichen (wie auch in vielen anderen, die wir hier nicht erwähnen konnten) auf den Weg gemacht, Inklusion zu ermöglichen. Eine insgesamt sehr positive Entwicklung, deren weiterer Verlauf aber von unterschiedlichen Faktoren abhängt: Insbesondere wird es auch in Zukunft Menschen in verantwortlichen Positionen – sowohl in der Behindertenhilfe, in der Verwaltung und Politik, aber auch in der „normalen Gesellschaft“ – brauchen, die gemeinsam mit Menschen mit Behinderung Inklusion aktiv voranbringen.

Wünschenswert wäre darüber hinaus, dass die derzeitige Dynamik, die unter anderem durch die Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention im Jahr 2009 ausgelöst wurde, auch dazu führt, dass der Landkreis personenzentrierte Hilfen für Menschen mit

Behinderungen (Eingliederungs-, Jugendhilfe- und Pflegeansprüche und andere wie beispielsweise „aus einer Hand“) stärkt und ausbaut. Zudem wäre eine unabhängige und breit aufgestellte (Sozial-)Beratung für Menschen mit Behinderung ein entscheidender Baustein für mehr Inklusion. Auch der wichtige Ausbau der Regelschulen für den Besuch von Kindern mit Behinderungen steckt vielerorts erst noch am Anfang.

Bei den Gesprächen des Netzwerk Inklusion mit den Bürgermeistern der Landkreismunicipalitäten sind zudem folgende wichtige Themenfelder zu Tage getreten:

Die Situation für Menschen mit Behinderung ist im Landkreis Lörrach sehr unterschiedlich: Der Großteil der Bewohner des Landkreises (ca. 180.000 von 220.000) wohnt in der Agglomeration Basel und ist gut mit dem ÖPNV an Basel und Lörrach angeschlossen. Hier sind soziale Dienstleistungen und die Versorgungsinfrastruktur relativ gut (Agglomeration Basel) bis ausgezeichnet (Stadt Lörrach) ausgebaut. Anders sieht die Lage in jenen Gebieten aus, die zum Hochschwarzwald gehören. Die dort ansässigen Gemeinden haben damit zu kämpfen, ihre Einwohnerzahl und ihre Infrastruktur aufrecht zu erhalten. Der Konzentrationsprozess auf Lörrach und seine Umgebung sowie die Landflucht aus den ländlichen Räumen nehmen weiter zu. Dies stellt die betroffenen Kommunen vor ganz unterschiedliche Herausforderungen: Lörrach und die angrenzenden

Wachstumsgemeinden haben einen sehr hochpreisigen Wohnungsmarkt und insgesamt (noch) nicht ausreichend Wohnraum für Hinzuziehende. Der ländliche Raum hat mit den bekannten Problemen bei Abwanderung zu tun. Fragen nach dem Erhalt oder dem sinnvollen Schrumpfen der Infrastruktur rücken damit stärker in den Fokus. Diese Probleme wirken sich auch auf die Lebensbedingungen der Bewohner und verstärkt jener mit Behinderungen aus: Sei es, dass sie Schwierigkeiten haben, (innerhalb von Lörrach) geeigneten und bezahlbaren Wohnraum zu finden oder sei es, dass sie (im Hochschwarzwald) nur schwer Zugang zu Dienstleistungen und Infrastruktur haben. Auf diese Probleme Antworten zu finden, ist eine schwierige und drängende Aufgabe kommunaler Politik auf Gemeinde- und Kreisebene. Manche Kommunen haben bereits innovative Projekte auf den Weg gebracht: So gibt es einen genossenschaftlich geführten Dorfladen in Wies im Kleinen Wiesental oder einen ehrenamtlich organisierten Bürgerbus in Schwörstadt, mit dem beispielsweise gehbehinderte Menschen zweimal pro Woche eine Möglichkeit bekommen, zum Einkaufscenter auf die „grüne Wiese“ zu gelangen.

In den zahlreichen Bürgermeistergesprächen, die das Netzwerk Inklusion im Rahmen seines Projekts im Landkreis führen konnte, wurde auch deutlich, dass die Kommunen ihre Rolle und Verantwortung für Inklusion beziehungsweise für „Eine Gemeinde für alle“ sehr unterschiedlich bewerten. Einige arbeiten

bereits aktiv am Thema, andere haben das Potential des Ansatzes und seine Dimensionen (noch) nicht selbstverständlich in ihre Politik mit aufgenommen. Zum Beispiel birgt insbesondere für die touristischen Gemeinden eine Förderung von barrierefreiem Tourismus ein wachsendes, auch wirtschaftliches Potential. Dadurch könnte ein Zuwachs an Tagesgästen aus dem Großraum Basel und teilweise aus Freiburg gewonnen werden. Es gibt eine zunehmende Zahl von Menschen, die gut dokumentierte Wanderwege hinsichtlich ihrer Barrierefreiheit und eine gute barrierefreie Einkehrmöglichkeit zu schätzen wissen. Die Bedeutung dieses Bereichs wird aufgrund des demografischen Wandels noch steigen. Davon profitiert auch die einheimische Bevölkerung. Ältere könnten dann ebenfalls gut mit dem Rollator in die ortsansässige Beiz kommen. Zudem blieben womöglich bedrohte Arbeitsplätze im Gastgewerbe erhalten.

Ein weiteres entscheidendes Thema ist der Verkehr: Vor allem die Verkehrsanbindung an den ÖPNV im oberen Wiesental bis hinauf zum Belchen und Feldberg wird als schwierig bewertet. Von Basel/Lörrach kann man noch problemlos barrierefrei mit der S-Bahn bis Zell im Wiesental gelangen. Ab hier verkehren die Busse - zumindest im Haupttal - in einigermaßen ausreichender Taktung, sind aber meist nicht für Gehbehinderte nutzbar, da auf diesen Strecken häufig Reisebusse eingesetzt werden. Eine

erste Verbesserung, die auch alten Menschen und Menschen mit Kinderwagen nützen würde, wären verbindliche Abfahrtstermine (zum Beispiel bei jeder zweiten Fahrt) von Niederflurbussen.

Wir hoffen, dass die Beispiele in dieser Publikation auch gezeigt haben, dass Inklusion eine wichtige Zukunftsaufgabe ist, die nur gemeinsam umgesetzt werden kann, von der aber auch alle profitieren: Inklusion ist eben kein Thema nur für Experten im Bereich Behinderung, sondern ermutigt auch die nichtbehinderte Bevölkerung, sich zu öffnen und beispielsweise durch Kooperationen neue alltägliche Begegnungsräume für unterschiedliche Menschen zu ermöglichen. Dies birgt, wie in den Beispielen aufgezeigt, ein enormes Potential für die Verbesserung der Lebensqualität der Bewohner, auch für jene ohne Behinderungen. Dadurch wird soziale Nachhaltigkeit befördert, was insbesondere für ländliche Gemeinden einen Gewinn an weichen, aber wesentlichen Standortfaktoren darstellt. In diesem Sinne beschreiten der Landkreis Lörrach und seine Gemeinden hoffentlich auch in Zukunft weiter und verstärkt inklusive Wege.

Danke!

Die Einblicke in die vier beschriebenen Prozesse und die Kommunikationsstrukturen waren nur möglich durch die Offenheit der zahlreichen interviewten Personen, die wir als Netzwerk-Mitarbeiter als ausgesprochen anregende und kompetente Gesprächspartner erlebt haben. Daneben gilt unser Dank auch denjenigen, die den Fragebogen zur Kommunikationskultur im Landkreis ausgefüllt haben sowie der Arbeitsgruppe, zusammengesetzt aus Mitgliedern des Netzwerk Inklusion, mit denen zusammen die Ausrichtung dieser Analyse und Zwischenergebnisse diskutiert wurden. Nicht zuletzt ist eine unabhängige Betrachtung nur möglich gewesen, weil wir uns in den vergangenen drei Jahren in den Strukturen der Behindertenhilfe im Landkreis, bei Trägern, Selbsthilfegruppen und Behindertenbeiräten frei bewegen konnten. Wir wurden eingeladen, offen empfangen und führten viele gute Gespräche. So bekamen wir die unterschiedlichsten Facetten, Blickwinkel und Meinungen der Entwicklung im Landkreis sowie die Sorgen und Nöte, aber auch Hoffnungen und Entwicklungen der Menschen mit Behinderung mit. Alles zusammen floss in diese Schrift mit ein. Herzlichen Dank!

Impressum

Herausgeber

Netzwerk Inklusion im Landkreis Lörrach,
vertreten durch folgende Kooperationspartner:

Behindertenbeirat der Stadt Lörrach,

Dieter Kaltenbach-Stiftung,

Landkreis Lörrach,

Lebenshilfe Lörrach,

leben+wohnen,

Pestalozzi-Schule Lörrach,

St. Josefshaus Herten, Stadt Lörrach

Kontakt

c/o Lebenshilfe Lörrach e.V.

Wintersbuckstraße 7

79539 Lörrach

www.netzwerk-inklusion-loerrach.de

Texte & Redaktion

Marie-José Rosenwald, Bernd Winter

Lektorat

David Siebert, Berlin.
info@agenturtextundton.de

Layout

Martin Wundsam
Büro für visuelle Kommunikation, Lörrach.
www.wundsam-design.de

Druck

Uehlin - Druck und Medienhaus, Schopfheim.
500 Exemplare

Lörrach, Januar 2016

Diese Publikation ist auch als PDF abrufbar auf
www.netzwerk-inklusion-loerrach.de

Sie entstand mit Mittel der **Aktion Mensch** und aus dem **Fritz-Berger-Fonds**.

Hinweis

Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichteren Lesbarkeit teilweise nur die männliche Form erwähnt ist.